



SERVICESTELLE 
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT



MATERIAL

INTERNATIONALER AUFTAKTWORKSHOP
DER SIEBTEN PHASE IM PROJEKT
„KOMMUNALE KLIMAPARTNERSCHAFTEN“

14. bis 16. Mai 2019 in Münster | Nr. 105

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)

Telefon: +49 228 20717-670

info@service-eine-welt.de

www.service-eine-welt.de

Material – Schriftenreihe der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW), Heft 105

Inhaltlich verantwortlich: SKEW, Dr. Stefan Wilhelmy

Projektleitung: Mandy Wagner

Texte: Eva Roeder

Redaktion: Mandy Wagner, Ina Borkenstein

Fotos: Martin Magunia

Layout, Satz und Umschlaggestaltung: Fabian Ewert, Visuelle Kommunikation

Bonn, Dezember 2019

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers. Die Reihe „Material“ wird finanziell gefördert durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie die Bundesländer Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.

Um die Lesbarkeit zu vereinfachen, sind in der vorliegenden Publikation die zur Gleichstellung von Mann und Frau gebräuchlichen Schreibweisen nicht durchgängig verwendet worden. Bei allen männlichen Bezeichnungen sind selbstverständlich die Frauen gleichermaßen angesprochen (und umgekehrt).

INHALT

Einleitung	4
1. Kurzvorstellung der durchführenden Organisationen und des Projektes	5
1.1. Engagement Global und Servicestelle Kommunen in der Einen Welt	5
1.2. Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW.....	5
1.3. Das Projekt „Kommunale Klimapartnerschaften“	6
2. Begrüßungen	7
3. Das Projekt „Kommunale Klimapartnerschaften“	10
3.1. Kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland	10
3.2. Vorstellung des Projekts „Kommunale Klimapartnerschaften“	12
3.3. Leitfaden zur Erstellung der gemeinsamen Handlungsprogramme	15
3.4. Organisatorische Aspekte des Projekts	18
4. Austausch über Erfahrungen aus vorherigen Projektphasen	20
5. Die Kommunen der siebten Phase	23
5.1. Teilnehmende Kommunen	23
5.2. Abendempfang im Rathaussaal der Stadt Münster und feierliche Überreichung der Vereinbarungen	25
6. Klimawandel und Klimapolitik	28
6.1. Globaler Klimawandel und seine Auswirkungen auf die Kommunalpolitik	28
6.2. Deutsche Klimapolitik und die Rolle der Kommunen	30
6.3. Fachexkursion zu den Riesefeldern Münster.....	32
7. Gruppenarbeiten	34
7.1. Projektablauf	34
7.2. Arbeitsstrukturen und Kommunikationsmechanismen	34
7.3. Bestandsaufnahme	35
8. Abschluss und nächste Schritte	38
Anhang	39
Programm	39
Teilnehmendenliste	41

EINLEITUNG

4

Mit dem internationalen Workshop vom 14. bis 16. Mai 2019 in Münster startete eine neue Runde des Projektes „Kommunale Klimapartnerschaften“ in die gemeinsame Arbeitsphase. Die mittlerweile zum siebten Mal durchgeführte Auftaktveranstaltung wurde von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global in Kooperation mit der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW und mit Unterstützung der Stadt Münster organisiert. Insgesamt zehn Partnerschaften werden im Rahmen des Projektes innerhalb der nächsten zwei Jahre gemeinsame Handlungsprogramme zu Klimaschutz und Klimafolgenanpassung erarbeiten.

Für den Workshop kamen rund 90 Teilnehmende zusammen, darunter Vertreterinnen und Vertreter aus Kommunalpolitik und -verwaltung und Zivilgesellschaft. Der Auftaktworkshop ist der offizielle Beginn der siebten Projektphase. Er hatte zum Ziel, alle beteiligten Kommunen in die Ziele, den Ablauf, die Methodik und Instrumente des Projekts einzuführen und den Austausch innerhalb der Partnerschaften anzustoßen. Für viele bedeutete der Workshop zugleich eine erste persönliche Begegnung mit den Partnern. Daher war auch ausreichend Zeit zum Kennenlernen und für den Austausch eingeplant.

Wie bereits in der Projektphase zuvor sind mit Afrika und Lateinamerika wieder zwei Partnerregionen vertreten. Besonders an der siebten Runde ist, dass zum ersten Mal alle Südpartner aus unterschiedlichen Ländern kommen. Von den zehn Klimapartnerschaften sind sieben mit afrikanischen Kommunen aus Ghana, Kenia, Namibia, Senegal, Südafrika, Tansania und Tunesien sowie drei mit lateinamerikanischen Kommunen aus Argentinien, Brasilien und Guatemala dabei.



Die Teilnehmenden bei der Ankunft

1. KURZVORSTELLUNG DER DURCHFÜHRENDEN ORGANISATIONEN UND DES PROJEKTES

1.1. Engagement Global und Servicestelle Kommunen in der Einen Welt



Die Teilnehmenden werden begrüßt

Engagement Global ist eine gemeinnützige Organisation, die 2012 gegründet wurde und verschiedene Programme unter einem Dach vereint. Im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) bietet sie Möglichkeiten und Unterstützung für entwicklungspolitisches Engagement verschiedener Zielgruppen und fördert die Vernetzung der Akteure.

Interessierte Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen, Unternehmen, Kommunen und Schulen finden hier unter anderem:

- Information
- Beratung
- Weiterbildung
- Förderung
- Netzwerke

Für die Zielgruppe der Kommunen (Politik, Verwaltung und Akteure im Umfeld) ist die **Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)** zuständig. Die SKEW wurde 2001 gegründet und bildet heute das Kompetenzzentrum für kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland. Sie unterstützt deutsche Kommunen in ihrem entwicklungspolitischen Engagement sowohl durch Prozessbegleitung und Vernetzung als auch durch finanzielle und personelle Förderinstrumente. Zentral sind dabei **folgende Handlungsfelder**:

- Fairer Handel und Faire Beschaffung
- Unterstützung von Vernetzung im Bereich Migration und Entwicklung auf kommunaler Ebene
- Aufbau und Gestaltung kommunaler Partnerschaften und internationaler Kommunalbeziehungen
- Lokalisierung der Agenda 2030 – Global Nachhaltige Kommune

1.2. Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW

Die Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW (LAG 21 NRW) ist ein unabhängiges Netzwerk von Kommunen und zivilgesellschaftlichen Verbänden, Vereinen und Akteuren in Nordrhein-Westfalen, das durch Bildung, Beratung, Projekte und Kampagnen lokale Nachhaltigkeitsprozesse strategisch unterstützt und praxisorientiert umsetzt. Es berät, begleitet und unterstützt Kommunen und zivilgesellschaftliche Akteure bei der Entwicklung und Umsetzung von sektoralen und integrierten Nachhaltigkeitsstrategien, vermittelt Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen die Kompetenz zur Gestaltung einer nachhaltigen Entwicklung und trägt durch Forschungs-

arbeiten zum zielgerichteten Wissenstransfer bei. Es bringt Akteure zusammen und initiiert Beteiligungsprozesse, um Nachhaltigkeitsziele in der Gesellschaft fest zu verankern.

1.3. Das Projekt „Kommunale Klimapartnerschaften“

In einer kommunalen Klimapartnerschaft arbeiten zwei Kommunen (Städte, Gemeinden oder Kreise) regelmäßig und strukturiert auf den Gebieten Klimaschutz und Klimafolgenanpassung zusammen. Ziel ist es, Partnerschaften deutscher Kommunen mit Kommunen des Globalen Südens in den Bereichen Klimaschutz und Klimafolgenanpassung durch die Nutzung der umfangreichen Erfahrungen und Expertise der einzelnen Kommunen zu stärken. Die Themen Klimaschutz und Klimafolgenanpassung sollen in die kommunale Partnerschaftsarbeit systematisch eingebunden werden.

Dabei erarbeiten die kommunalen Partnerschaften in einem Zeitraum von zwei Jahren gemeinsame Handlungsprogramme mit Zielen, konkreten Maßnahmen und zugewiesenen Ressourcen. Das Handlungsprogramm dient der Orientierung für die spätere mittel- und langfristige Zusammenarbeit. Eine Klimapartnerschaft kann sich auf Grundlage einer bereits bestehenden kommunalen Partnerschaft entwickeln, zu der neue inhaltliche Schwerpunkte hinzukommen. Auch kann sie als Themenpartnerschaft zwischen zwei interessierten Kommunen neu beginnen.

Im Mittelpunkt des Projekts steht der Austausch zwischen kommunalen Fachleuten, vor allem in Form von gegenseitigen Entsendungen. Zum Austausch unter den Klimapartnerschaften einer Phase finden regelmäßige Netzwerktreffen wie auch zwei internationale Workshops statt. Neben einer finanziellen Unterstützung der Projektaktivitäten durch die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt bieten SKEW und LAG 21 NRW den Partnerschaften umfassende fachliche und methodische Beratung. Das Projekt wird im Auftrag des BMZ durchgeführt und von den nationalen Spitzenverbänden Deutscher Städtetag (mit zwei Präsidiumsbeschlüssen), Deutscher

Städte- und Gemeindebund und Deutscher Landkreistag unterstützt.

Das Projekt startete 2011 und wird seitdem phasenweise um neue Klimapartnerschaften erweitert. Dabei werden sowohl bestehende als auch neue Partnerschaften berücksichtigt. In den ersten sechs Projektphasen haben bereits 60 Klimapartnerschaften gemeinsame Handlungsprogramme erarbeitet. Die Kommunen befinden sich jetzt in der Umsetzungsphase ihrer Handlungsprogramme, in der sie weiterhin fachliche und finanzielle Unterstützung von den Projektträgern erhalten, zum Beispiel über das SKEW-Projekt „Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte“ (Nakopa) oder die BMZ-Fazilität „Emissionsminderung, Anpassung an den Klimawandel, Walderhalt, Meeres- und Küstenschutz und Schutz der Biodiversität“.

Die **Partnerschaften** der siebten Projektphase:

- Bad Berleburg – Morogoro District, Tansania
- Landeshauptstadt Erfurt – San Miguel de Tucumán, Argentinien
- Gersthofen – Baringo County, Kenia
- Hansestadt Rostock – Panajachel, Guatemala
- Karlsdorf-Neuthard – Guabiruba, Brasilien
- Landkreis Reutlingen – Ulundi, Südafrika
- Landkreis Teltow-Fläming – Katima Mulilo Town, Namibia
- Münster – Monastir, Tunesien
- Neu-Isenburg – Kwadaso Municipal Assembly, Ghana
- Osterode am Harz – Département de Kaolack, Senegal



Die Partnerschaften tauschen sich aus

2. BEGRÜSSUNGEN



Wendela-Beate Vilhjalmsson

Als **Bürgermeisterin der Stadt Münster** eröffnete **Wendela-Beate Vilhjalmsson** den Workshop. In ihrer Begrüßungsrede hob sie die gemeinsame Sorge um das Klima hervor: „Das Klima betrifft uns alle und macht nicht an Länder- oder Stadtgrenzen halt. Nur eine globale Zusammenarbeit kann auch globale Wirkungen haben und den Klimawandel noch aufhalten.“ Die kommunalen Klimapartnerschaften sind für sie ein gutes Beispiel, wie Vernetzung über Landesgrenzen hinweg funktionieren kann. Die Städte Münster und Monastir feiern 2019 ihr 50-jähriges Städtepartnerschaftsjubiläum. Die Kooperation über die Klimapartnerschaft, so die Bürgermeisterin, werde die Verbindung sicher noch vertiefen. Die Entwicklung von gemeinsamen Vorgehensweisen und der Austausch über Erfolge und Misserfolge werden zu positiven Entwicklungen beitragen und Anregungen für die Zukunft geben. Um global zu wirken, müssten lokale Maßnahmen umgesetzt werden.

Die Stadt Münster bemüht sich, den Anforderungen der Zeit gerecht zu werden. Frau Vilhjalmsson erinnerte daran, dass die Stadt vor Kurzem mit dem „Deutschen Nachhaltigkeitspreis“ ausgezeichnet wurde und sich nun als „Deutschlands nachhaltigste Großstadt“ bezeichnen darf. Ausschlaggebend dafür sei

gewesen, dass die Stadt Entscheidungen unter dem Aspekt der Enkeltauglichkeit treffe; aber auch der Fahrradverkehr und die vielen bürgerlichen Initiativen hätten eine Rolle gespielt. Sie wünschte den Teilnehmenden einen guten Start in den Prozess der nächsten zwei Jahre.

Dr. Doris Witteler-Stiepelmann, Leiterin des Referats Länder und Kommunen, hieß die Teilnehmenden im Namen des **BMZ** herzlich willkommen. Sie beglückwünschte die Kommunen zu der Entscheidung, sich auf den Weg zu machen, um innerhalb von zwei Jahren ein gemeinsames Handlungsprogramm zu erstellen und damit gegen den Klimawandel und für die Klimafolgenanpassung aktiv zu werden. Aufgrund ihrer Erfahrungen mit den bisherigen Projektphasen versicherte sie, dass der Weg interessant, erhellend, inspirierend und kreativ sein werde, und zwar für beide Seiten. Die Kommunen hätten die gleichen Aufgaben unter unterschiedlichen Voraussetzungen zu meistern, was Kreativität freisetze. Diese sei auch nötig, um dem Klimawandel zu begegnen.



Dr. Doris Witteler-Stiepelmann

Inspirierende Beispiele für die Zusammenarbeit von Klimapartnerschaften zu Themen wie Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Hochwasser, Küstenschutz, Wassermanagement, Biodiversität oder nachhaltige Stadtplanung

lassen sich viele finden, wie die Schwerpunkte der bisherigen Handlungsprogramme belegen. 2018 hatte Dr. Witteler-Stiepelmann Gelegenheit, drei der ersten Klimapartnerschaften in Tansania zu besuchen, die derzeit ihre Handlungsprogramme in die Tat umsetzen. Sie zeigte sich beeindruckt von dem, was dort durch das enorme Engagement auf beiden Seiten bereits entstanden ist.

Klimapolitik ist für das BMZ Entwicklungs- und Zukunftspolitik. Die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens von 2015 ist aus Sicht des Ministeriums in vollem Gange: Eine starke Allianz von Industrie- und Entwicklungsländern, der Privatwirtschaft, der Zivilgesellschaft sowie Kommunen arbeitet daran, das klimafreundliche Wirtschafts- und Wachstumsmodell der Zukunft zu gestalten. Städte, Kreise und Gemeinden spielen hierbei eine wichtige Rolle. Sie sind nicht nur Verursacher, sondern auch die Leidtragenden des Klimawandels.

Lokales Handeln, so Dr. Witteler-Stiepelmann weiter in ihren Ausführungen, wirkt sich global aus und globale Herausforderungen sind lokal spürbar. Das macht **Kommunen zu globalen Akteuren**. Nach Überzeugung der Bundesregierung ist die Zusammenarbeit mit den Kommunen fundamental, um das Momentum von Paris zu verstetigen und die Agenda 2030 mit ihren globalen Nachhaltigkeitszielen, den *Sustainable Development Goals* (SGDs), umzusetzen. Viele Kommunen im Globalen Süden verfügen über vielfältige Erfahrungen im Bereich Klimafolgenanpassung, deutsche Städte und Gemeinden können Themen der Daseinsvorsorge für den Wissenstransfer anbieten. Bei den „Kommunalen Klimapartnerschaften“ geht es nun darum, dieses Erfahrungswissen zusammenzubringen. Die gegenseitige Beratung von kommunalen Fachleuten in einer vertrauensvollen Partnerschaft hat sich bewährt, um individuell angepasste Lösungen für jede Kommune zu finden.

Dem BMZ liegt die Förderung des kommunalen Engagements am Herzen. Deshalb wurde der Haushaltstitel für kommunales Engagement in den letzten fünf Jahren von fünf auf 25 Millionen Euro verfünffacht. Dank dieser Erhöhung war es möglich, das Serviceangebot der

SKEW von Engagement Global auszuweiten. Die große positive Resonanz, die das Projekt „Kommunale Klimapartnerschaften“ erfahren hat, hat dazu geführt, die aktuelle, siebte Phase anzubieten. Sie bedankte sich bei der Stadt Münster und wünschte allen einen guten Start und viel Erfolg für die Zusammenarbeit als Klimapartnerschaft.



Mandy Wagner

Anschließend begrüßte **Mandy Wagner, Projektleiterin Kommunale Klimapartnerschaften bei der SKEW von Engagement Global**, die Teilnehmenden. Auch für die SKEW ist der Start in eine neue Projektphase immer ein besonderer Moment. Bereits im Vorfeld hat es intensive Vorbereitungen und Gespräche mit interessierten Kommunen gegeben. Und auch wenn es am Anfang noch viele unterschiedliche Fragen und Herausforderungen gebe – alle verbinde der Wunsch, etwas gegen den Klimawandel zu unternehmen, zeigte sich die Projektleiterin überzeugt. Die Arbeit brauche Leidenschaft und Freude an der Begegnung. Der Einsatz für mehr Klimaschutz auf lokaler Ebene sei auch nötig angesichts der immensen Herausforderungen: Die vergangenen vier Jahre sind nach Angaben der Weltwetterorganisation die wärmsten seit Beginn der Aufzeichnungen vor fast 170 Jahren; 2016 war gar das wärmste Jahr in der Statistik. Der Sommer 2018 war in Deutschland extrem heiß und trocken, vermehrte Starkregenereignisse haben zudem enorme Schäden angerichtet.

Dies habe uns vor Augen geführt, welche Folgen der Klimawandel ganz konkret haben kann. Ähnliche Erfahrungen könnten die Gäste aus Lateinamerika und Afrika sicherlich bestätigen. Deshalb sei es wichtig, dass der Klimawandel auch global in internationalen Kooperationen angegangen werde. Kommunen könnten hier eine entscheidende Rolle einnehmen – dazu haben ihnen verschiedene Abkommen der Weltgemeinschaft wie die Agenda 2030 mit ihren SDGs sowie das Pariser Klimaabkommen den Rücken gestärkt.

Mit der Gründung von kommunalen Klimapartnerschaften haben die Teilnehmenden laut Mandy Wagner bewiesen, dass sie nicht nur in der eigenen Kommune Beiträge zum Klimaschutz erbringen, sondern zudem Kenntnisse für den internationalen Austausch zur Verfügung stellen. Damit sind sie Teil einer wachsenden, dynamischen Bewegung: Inzwischen sind schon 60 kommunale Klimapartnerschaften begründet worden, mit den Partnerschaften der siebten Phase sind es 70. In zahlreichen Projekten werden gemeinsame Maßnahmen umgesetzt. In Deutschland hat dieses Engagement dazu beigetragen, dass das BMZ die kommunale Entwicklungspolitik seit 2013 als eigenes Aufgabengebiet anerkennt. Mandy Wagner ermutigte die Kommunen, diesen Weg engagiert weiterzugehen. Sie wies darauf hin, dass über das Projekt hinaus verschiedene Angebote der SKEW zur finanziellen Förderung sowie zum Austausch von Fachleuten zur Verfügung stehen. Sie wünschte einen guten Start in die Projektphase, einen anregenden Austausch, intensive und fruchtbare Gespräche und viel Freude an der Begegnung und Gemeinschaft.

Dr. Klaus Reuter, Geschäftsführer der LAG 21 NRW, zeigte sich in seinem Redebeitrag erfreut über die große Heterogenität der neuen Klimapartnerschaften. Die Teilnahme von elf verschiedenen Ländern demonstrierte, dass die große Verantwortung über Kontinente und Grenzen hinweg angenommen werde. Als vor fast zehn Jahren die Idee entstanden sei, das Projekt „Kommunale Klimapartnerschaften“ ins Leben zu rufen, hätten die beteiligten Organisationen Neuland betreten; eine intensive Zusammenarbeit zu diesem Thema habe es bis dahin in dieser

Form nicht gegeben. Der Wissenstransfer zwischen Nord und Süd auf Augenhöhe, um die klimapolitischen Herausforderungen strategisch anzugehen, sei dabei besonders wichtig. Die Zeit dränge, es blieben maximal zehn Jahre, um die international vereinbarten Klimaziele – speziell das 1,5-Grad-Ziel – zu erreichen.



Dr. Klaus Reuter

Die Bewegung „Fridays for Future“ zeigt in den Augen von Dr. Reuter, dass auch die junge Generation schnelles und authentisches Handeln von den Entscheidungsverantwortlichen einfordert. Oftmals sind wir es gewohnt, Kompromisse auszuhandeln, doch mit Naturgesetzen sei dies schwierig, da wir ihnen unterworfen sind. Es sei bekannt, dass die planetaren Grenzen nur durch konsequente und integrierte Zusammenarbeit eingehalten werden könnten. Für die LAG 21 NRW leisten die kommunalen Klimapartnerschaften einen wesentlichen Beitrag zur Umsetzung der Agenda 2030. Ziel der Klimapartnerschaften ist es, Akteure aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammenzubringen, um gemeinsame Wege zu vereinbaren und umzusetzen. Die vergangenen Projektphasen hätten gezeigt, dass die gemeinsame Arbeit nicht nur gegenseitiges Verständnis hervorbringe, sondern auch Freundschaften, die motivierend für alle Seiten seien. Das gesamte Team freue sich auf die Zusammenarbeit und werde die Kommunen nach besten Kräften während der nächsten zwei Jahre begleiten.

3. DAS PROJEKT „KOMMUNALE KLIMAPARTNERSCHAFTEN“

3.1. Kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland

Nadine Thoß (SKEW/Engagement Global) gab einen thematischen Einführungsimpuls zur kommunalen Entwicklungspolitik aus deutscher Perspektive, da diese den Rahmen für die kommunalen Klimapartnerschaften setzt und eine entsprechende Einordnung ermöglicht.



Nadine Thoß

Warum sollten sich Kommunen im entwicklungspolitischen Bereich engagieren?

Die Globalisierung prägt die Kommunalverwaltungen: Alle Kommunen sind heutzutage mit übergreifenden Herausforderungen wie beispielsweise dem Umgang mit Migrationsbewegungen, dem internationalen Wettbewerb um Ressourcen und dem Klimawandel konfrontiert. Der Druck, den diese Probleme erzeugen, wird durch die Postindustrialisierung, den demografischen Wandel und Haushaltsdefizite noch verstärkt.

Kommunalverwaltungen gestalten die Globalisierung: Gleichzeitig ist weltweit eine Internationalisierung von Kommunalpolitik zu beobachten, was zur internationalen Posi-

tionierung von Kommunen als Stätten wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und kultureller Aktivität führt. Die Kommunen schließen sich immer häufiger in Netzwerken zusammen, damit ihre Forderungen in die internationale Politik einfließen können.

Die Gründe für kommunale Entwicklungspolitik sind vielfältig:

- Globale Herausforderungen wie der Klimawandel können nur durch Maßnahmen auf lokaler Ebene bewältigt werden. Hier liegt die direkte Verantwortung für mehrere zentrale Handlungsfelder.
- Kommunen verfügen über praktische Kenntnisse und Erfahrungen (lokale Daseinsvorsorge etc.).
- Kommunen zeichnen sich durch ihre Nähe zu den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger aus.
- Kommunale Entwicklungspolitik ermöglicht einen praxisnahen Austausch und gleichberechtigte Zusammenarbeit mit einer Vielfalt von Akteuren.
- In der kommunalen Entwicklungspolitik können Kommunen oftmals flexibler agieren als die nationale Ebene.
- Es gibt ein Potenzial für Synergieeffekte zwischen den Maßnahmen innerhalb der Kommune und der internationalen Zusammenarbeit.

Auch auf internationaler Ebene nimmt die Anerkennung für Kommunen und kommunale Partnerschaftsarbeit zu, was sich in der Berücksichtigung in globalen Rahmen- und Zielsetzungen zeigt. Dazu gehören unter anderem die (Lokale) Agenda 21 (1992), die globalen Nachhaltigkeitsziele mit der Agenda 2030 (2015), das Pariser Klimaabkommen der internationalen Staatengemeinschaft (2015) oder die „New Urban Agenda“ (2016). Parallel zu dieser Entwicklung zeigt sich eine zunehmende Professionalisierung von kommunaler Zusammenarbeit, die nun

stärker auf gemeinsames, gleichberechtigtes Handeln und gegenseitiges Lernen setzt.

Einen großen Impuls hat die Agenda 2030 mit ihren Zielen für nachhaltige Entwicklung gegeben, die 2015 von der Weltgemeinschaft verabschiedet wurde und die Millenniumsentwicklungsziele abgelöst hat. Die Agenda 2030 betont die Universalität und gemeinsame Verantwortung aller Akteure und bildet einen wichtigen Referenzrahmen für die internationale Zusammenarbeit. Sie verknüpft Nachhaltigkeit und Entwicklung auf neue Art und verfolgt das Prinzip der Inklusivität sowie einen integrativen Ansatz durch interdisziplinäre Zusammenarbeit. Gerade dieses Zusammenspiel bietet viele Anknüpfungspunkte für die kommunale Entwicklungspolitik. Hier können Aktivitäten in Deutschland mit denen in anderen Ländern verknüpft werden. In den SDGs finden die Kommunen explizit in Ziel 11 Berücksichtigung. Zwei Drittel der 17 Ziele mit ihren 169 Unterzielen können nur gemeinsam mit den Kommunen umgesetzt werden.

Kommunale Entwicklungspolitik wird in Deutschland als die Summe aller Maßnahmen verstanden, die Kommunalverwaltungen und politische Instanzen ergreifen, um nachhaltige Entwicklung im eigenen Wirkungsfeld und im Globalen Süden zu fördern. Dabei ergänzen sich Maßnahmen in der eigenen Kommune (etwa entwicklungspolitische Bildung, Faire Beschaffung oder Klimaschutz) und die Arbeit im Rahmen von kommunalen Partnerschaften oder internationalen Netzwerken (zum Beispiel Wissenstransfer und gemeinsame Projektumsetzung).

Die kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland hat in den letzten Jahren eine dynamische Entwicklung erfahren. Seit 2013 besteht ein eigener Titel im Bundeshaushalt (innerhalb des Einzelplans 23 für das BMZ), der 2019 rund 25 Millionen Euro umfasst. Dies ermöglicht es der SKEW, die Unterstützungsangebote für die Kommunen auszuweiten. Entsprechend steigt die Anzahl der deutschen Kommunen, die sich im Bereich der Entwicklungs- und Nachhaltigkeitspolitik engagieren, stetig. Zum 30. März 2019 engagierten sich 828 deutsche Kommunen im Rahmen der Angebote der SKEW. Diese

Entwicklungen werden auch auf nationaler Ebene mit Beschlüssen und Erklärungen gestützt. Dazu gehören der Beschluss des Deutschen Bundestags zu Entwicklungschancen durch Urbanisierung von 2015, die Erklärung des Deutschen Städtetags und des Rates der Gemeinden und Regionen Europas zur Agenda 2030 von 2016 sowie die Überarbeitung und Neuauflage der „Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie“, ausgerichtet auf die Agenda 2030, im Januar 2017.



Die Teilnehmenden folgen der Präsentation

Aufgrund der personellen und finanziellen Ressourcen der deutschen Kommunen ist deren Handlungsspielraum jedoch begrenzt.

Einige Kommunen sind zudem hoch verschuldet und unterliegen im Rahmen der Haushaltssicherung strengen Beschränkungen. Entwicklungspolitisches Engagement erfolgt auf freiwilliger Basis, da die kommunale Entwicklungspolitik nicht zu den Pflichtaufgaben der Kommunen gehört. Dennoch unterliegen auch entwicklungspolitische Aktivitäten der Rechenschaftspflicht gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Deshalb erfordert ein Engagement in diesem Bereich starke Unterstützung von der Verwaltung und dem Stadt- bzw. Gemeinderat, aber auch von der Bundesebene.

Andererseits ist Engagement im Bereich kommunaler Entwicklungspartnerschaften den deutschen Kommunen auch von Nutzen:

Sie können über die eigenen Grenzen hinaus zu globalen Themen aktiv werden und damit das Bewusstsein über globale Fragen

sowie das freiwillige Engagement fördern. Es lässt sich viel von Kommunen aus dem Globalen Süden lernen, etwa in den Bereichen Kommunikation und Strategie oder über Bildungsmethoden. Zudem können sich Vorteile wie der Aufbau von wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Beziehungen, die Qualifikation und Motivation des eigenen Personals und der lokalen Akteure oder die verstärkte Zusammenarbeit mit migrantischen Communities daraus ergeben.

Wie können wir gleichberechtigte Partnerschaften auf Augenhöhe aufbauen?

- **Gegenseitiges Lernen:** In jeder Partnerschaft können beide Seiten voneinander lernen.
- Die Planung sollte auf den Erfahrungen und **Interessen beider Seiten** basieren und im stetigen Dialog miteinander erfolgen.
- **Gemeinsame Zuständigkeit** und Verantwortung für die Maßnahmen und Ergebnisse
- **Realistische Ziele** und **gemeinsames Eintreten** für die erzielten Ergebnisse
- **Wissensaustausch** und gemeinsame Erarbeitung von Lösungen, nicht nur Finanzierung von Projekten
- **Respekt und Akzeptanz** im Hinblick auf politische Strukturen, Entscheidungsprozesse und Entwicklungskonzepte der Partnerkommune
- **Transparenz und Offenheit** der Partnerkommunen untereinander und beteiligten Akteursgruppen gegenüber, zum Beispiel über Einbeziehung von Kommunalverbänden und Netzwerken sowie weiteren Multiplikatoren
- **Politische Unterstützung** für die Zusammenarbeit in beiden Partnerkommunen



Fragen und Kommentare aus dem Publikum

3.2. Vorstellung des Projekts „Kommunale Klimapartnerschaften“

Mandy Wagner (SKEW/Engagement Global) und Dr. Klaus Reuter (LAG 21 NRW) stellen die „Kommunalen Klimapartnerschaften“ mit Blick auf die nun beginnende Phase vor. Zentrales Produkt jeder einzelnen Klimapartnerschaft ist ein **gemeinsames Handlungsprogramm** mit strategischen und operativen Zielen, Maßnahmen und zugewiesenen Ressourcen (Finanzen, Personal, Zeit), das über einen Zeitraum von zwei Jahren erstellt wird. Das gemeinsame Handlungsprogramm ist die Grundlage für die **Realisierung konkreter Maßnahmen** in beiden beteiligten Kommunen im Rahmen der Klimapartnerschaft. Es baut auf bereits existierenden kommunalen Konzepten auf, nutzt Stärken bzw. Bereiche kommunaler Expertise und identifiziert (nicht

nur finanzielle) Ressourcen zur Umsetzung der Aktivitäten. Es wird in einem partizipativen Prozess in beiden Kommunen entwickelt und bei gemeinsamen Treffen und in stetigem Austausch der Partnerschaftskommunen abgestimmt. Das Handlungsprogramm bietet Orientierung und Rahmen für eine mittel- bis langfristige Zusammenarbeit (Zeitraum 10–15 Jahre) und soll dazu regelmäßig aktualisiert und fortgeschrieben werden.

Gründe für kommunale Klimapartnerschaften

- Die globale Herausforderung Klimawandel erfordert Maßnahmen auf der lokalen und der internationalen Ebene.
- Komplementäres Know-how und Erfahrungen aus der kommunalen Praxis sichtbar und verfügbar machen → voneinander lernen (auf Augenhöhe, in beide Richtungen)
- Systematische, mittel- bis langfristig angelegte Zusammenarbeit zwischen Kommunen ermöglicht direkte Wirkungen vor Ort.
- Sensibilisierung für Perspektive und Situation der Partnerkommune durch eigene Erfahrungen → Stärkung der eigenen Bildungsarbeit
- Entwicklung neuer Ideen und Austausch im nationalen und internationalen Netzwerk

Eine Klimapartnerschaft kann sich im Rahmen von Städte- oder Themenpartnerschaften vollziehen, kann aber auch neu begründet werden. In beiden Kommunen sollen sich neben den Kommunalverwaltungen weitere Akteure einbringen, um die Partnerschaft auf eine breite Basis zu stellen (Zivilgesellschaft, Politik, Wirtschaft, Wissenschaft). SKEW und LAG 21 NRW bilden dabei den Rahmen durch Unterstützung und Beratung, sind aber selbst kein Teil der Partnerschaft.

Das Projekt besteht aber nicht nur aus der Kooperation zwischen den beiden Kommunen, sondern umfasst zwei weitere Ebenen: **die regionale Vernetzung** (durch Netzwerktreffen für deutsche Kommunen sowie für die Südpartner, das heißt afrikanische und lateinamerikanische Kommunen, für den Erfahrungsaustausch zur Partnerschaftsarbeit) und die **internationale Vernetzung** (für den Erfahrungsaustausch zum Gesamtprojekt).



Mandy Wagner



Dr. Klaus Reuter

Die „Projektmeilensteine“, an denen sich der Ablauf grundlegend orientiert, bestehen demnach aus den **Netzwerktreffen** der beteiligten Kommunen (jeweils in Deutschland und im Globalen Süden), den **internationalen Workshops** (rahmengebend bei Auftakt und Ende der Projektphase) und den gegenseitigen **Entsendungen** von Expertenteams (Entsendephase). Der Austausch auf den Netzwerktreffen bringt häufig neue Ideen und Motivation und ist ein wichtiger Teil der Unterstützung für die Kommunen, da bei den Treffen unter anderem der aktuelle Stand

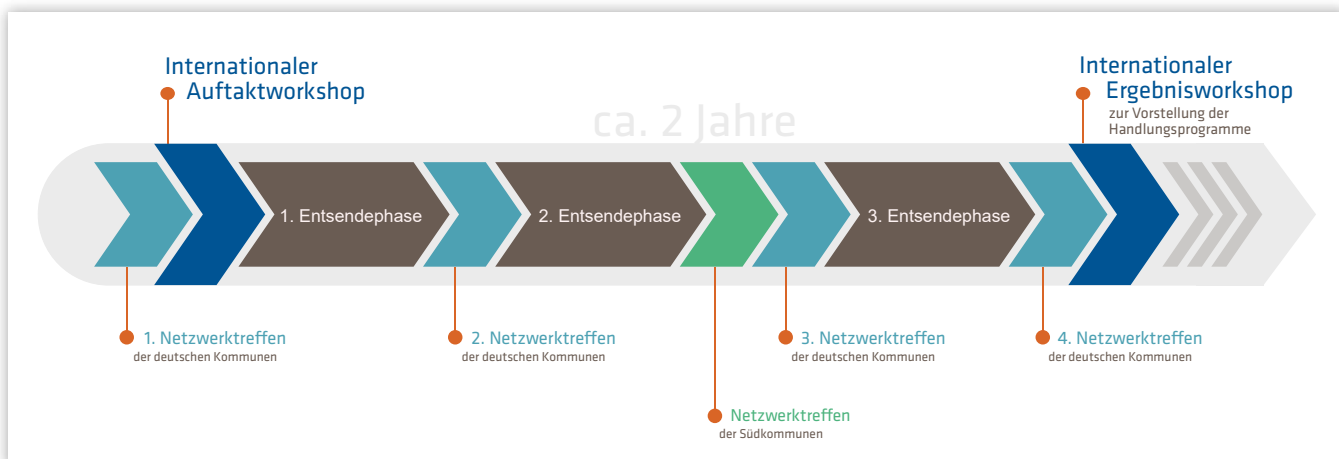


Abbildung 1: Zeitlicher Ablauf der siebten Projektphase

analysiert, Lösungsansätze ausgetauscht und die nächsten Schritte besprochen werden. Im Rahmen der Entsendungen finden die gegenseitigen Besuche statt, um lokale Herausforderungen und Lösungsansätze kennenzulernen, sich darüber auszutauschen, voneinander zu lernen und das gemeinsame Handlungsprogramm zu erarbeiten.

wurden, in die verschiedene Akteure (unterschiedliche Bereiche der Verwaltung, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Privatsektor) einbezogen wurden. Die Besuche vor Ort und der Austausch zentraler Dokumente erlaubten eine schnelle Identifizierung der Schwerpunkte des jeweiligen Handlungsprogramms. Der Austausch auf den Netzwerktreffen brachte neue Ideen und Motivation.



Die Teilnehmenden im Austausch



Seit dem Start der „Kommunalen Klimapartnerschaften“ im November 2011 mit Kommunen aus Deutschland, Ghana, Tansania und Südafrika wird das Projekt phasenweise erweitert. Mit diesem Auftaktworkshop im Mai 2019 begann die siebte Phase mit Kommunen aus Deutschland und Ländern Lateinamerikas und Afrikas. Die Ergebnisse einer externen Evaluierung der ersten drei Phasen zeigten, dass in den beteiligten Klimapartnerschaften dauerhafte Arbeitsstrukturen eingerichtet

In den sechs bisherigen Projektphasen konnten 60 Klimapartnerschaften gegründet werden. 78 Projekte wurden mit Förderung der SKEW von den bisherigen Klimapartnerschaften bereits umgesetzt, weitere befinden sich in Planung. Das Themenspektrum der initiierten Aktivitäten ist sehr divers und reicht von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz, Wasser-/Abwassermanagement und Abfallwirtschaft über Sensibilisierung und Umweltbildung, nachhaltige Land- und Forst-

wirtschaft und nachhaltige Mobilität bis hin zu ökosystembasierter Klimafolgenanpassung.

Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass eine hohe Motivation und hohes Engagement, gute Arbeits- und Kommunikationsstrukturen sowie die Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden finanziellen und personellen Ressourcen und der individuellen Situation der Partnerschaft eine große Bedeutung im Projektverlauf spielen. Es besteht ein großes Potenzial des gegenseitigen Lernens und die Handlungsprogramme bieten eine gute Grundlage zur Beantragung von Fördermitteln.

3.3. Leitfaden zur Erstellung der gemeinsamen Handlungsprogramme

Mandy Wagner (SKEW/Engagement Global) und Moritz Schmidt (LAG 21 NRW) stellten den Leitfaden zur Erstellung des Handlungsprogramms vor, um auf die methodischen und technischen Aspekte sowie die wesentlichen Erarbeitungsschritte einzugehen. Der Leitfaden beinhaltet die Beschreibung des **Prozesses** und der **Methoden** von der Etablierung

der Klimapartnerschaft bis hin zur Umsetzung und Weiterentwicklung des gemeinsamen Handlungsprogramms. Er enthält konkrete **Beispiele** und **Vorlagen**, bildet den **Orientierungsrahmen** für die Arbeit im Projekt, die Priorisierung der Arbeitsabläufe, die zeitliche Einordnung und zeigt auf, wie sich an vorhandene Strukturen und bisherige Arbeiten anknüpfen lässt. Er richtet sich an die Akteure der Klimapartnerschaft in beiden Partnerkommunen, die mit dem Aufbau der Klimapartnerschaft und ihren Aktivitäten befasst sind (kommunale Verwaltung und Politik, Zivilgesellschaft, gegebenenfalls Wirtschaft und Wissenschaft).

Die Struktur des Leitfadens orientiert sich an drei großen Schritten (Abbildung 2), die zum Teil auch parallel verlaufen und im Folgenden näher erläutert werden.

1. Arbeitsstrukturen und Kommunikation: Für die Analyse, die Erarbeitung und langfristige Umsetzung des Handlungsprogramms ist eine funktionale und verbindliche Arbeitsstruktur notwendig. Die Arbeitsstrukturen

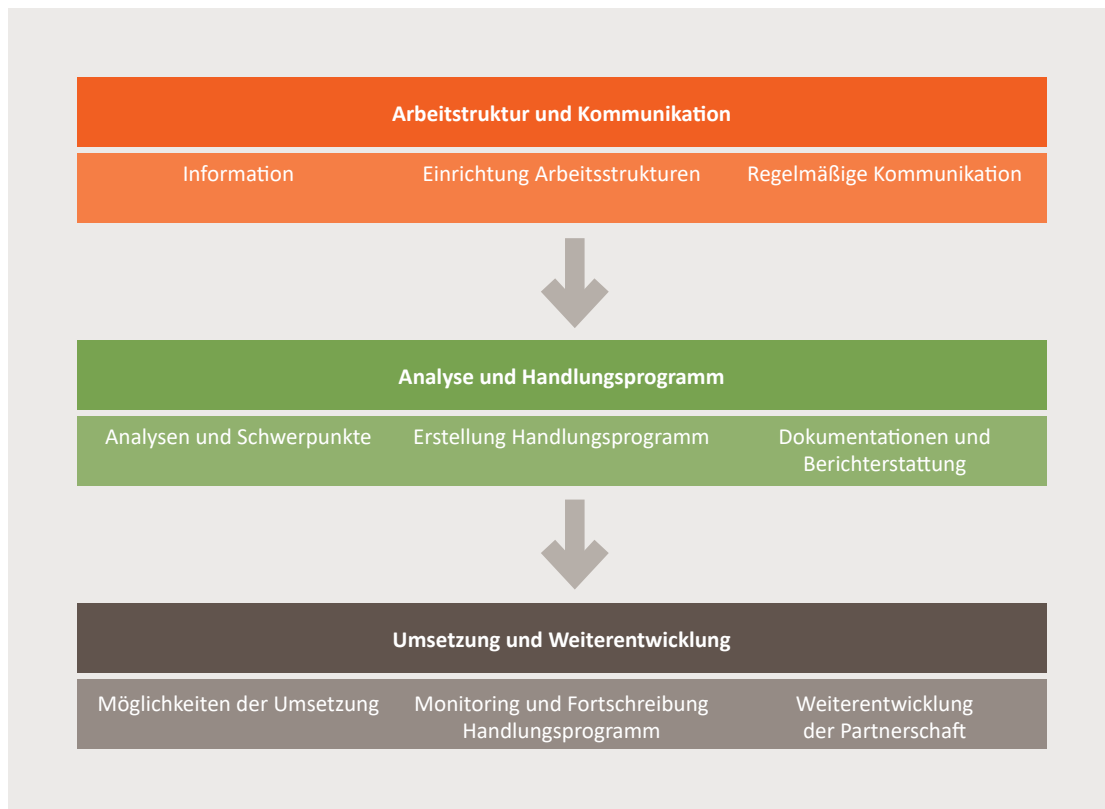


Abbildung 2: Prozess der Erstellung der Handlungsprogramme

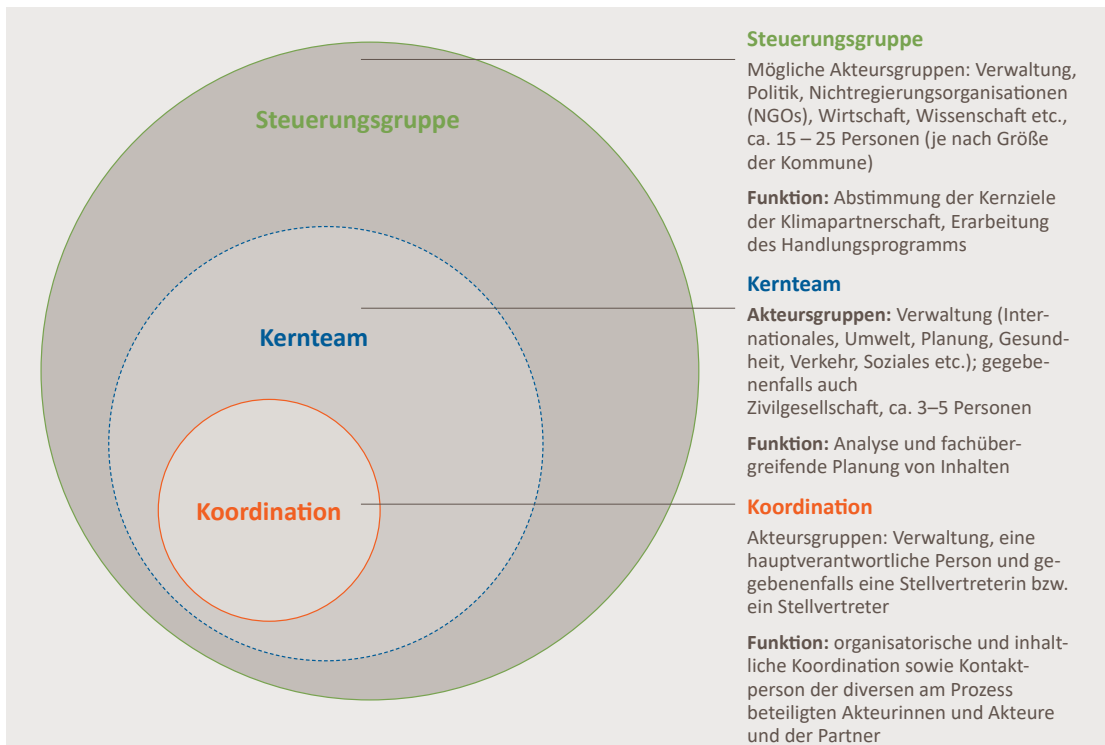


Abbildung 3: Arbeitsstrukturen der Klimapartnerschaften

legen klare Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten fest, erzeugen Transparenz und unterstützen die Kooperation der Akteure aus Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft. Im Projektverlauf ist ein kontinuierliches Zusammenkommen der Gremien notwendig.

Für eine arbeitsfähige Klimapartnerschaft hat es sich bewährt, in beiden Kommunen jeweils eine verantwortliche Person für die Koordina-

tion festzulegen sowie ein Kernteam und eine Steuerungsgruppe zu bilden (Abbildung 3). Es lohnt sich, am Anfang Zeit für die Einrichtung von langfristigen Arbeitsstrukturen einzuplanen, da sie die Grundlage für eine erfolgreiche Kommunikation und Partnerschaft bilden.

Für die **Kommunikation** innerhalb der eigenen Kommune und mit der Partnerkommune lassen sich folgende Empfehlungen geben:

Kommunikation innerhalb der eigenen Kommune	Kommunikation mit der Partnerkommune
<ul style="list-style-type: none"> • Offene und einladende Informationspolitik zur Einbindung von Akteuren zur Mitarbeit in der Klimapartnerschaft 	<ul style="list-style-type: none"> • Zentrale Rolle der Koordination!
<ul style="list-style-type: none"> • Einbindung und transparenter Wissenstransfer innerhalb der Verwaltung, mit der Politik und zivilgesellschaftlichen Akteuren 	<ul style="list-style-type: none"> • Finden einer gemeinsamen Arbeitssprache, eventuell Akteure mit Sprachkenntnissen in Arbeitsstrukturen einbeziehen
<ul style="list-style-type: none"> • Information über Presse- und Medienarbeit sowie Veranstaltungen (Pressemitteilungen, Interviews) 	<ul style="list-style-type: none"> • Berücksichtigung unterschiedlicher Kommunikationskulturen
<ul style="list-style-type: none"> • Politische Beschlussfassung zwecks Verbindlichkeit gegenüber allen beteiligten Akteuren 	<ul style="list-style-type: none"> • Berücksichtigung unterschiedlicher Niveaus in der technischen Ausstattung
	<ul style="list-style-type: none"> • Persönliche Begegnungen während internationaler Workshops und Entsendungen zentral, müssen aber durch regelmäßige mittelbare Kommunikation ergänzt werden (IP-Telefonie, E-Mail, Chat-Gruppen, soziale Medien)

2. Analyse und Handlungsprogramm: Im zweiten Schritt, der aber in der Regel bereits während der Einrichtung der Arbeits- und Kommunikationsstrukturen beginnt, geht es um die Entwicklung einer gemeinsamen Vision und eines gemeinsamen Handlungsprogramms. Dafür ist zunächst ein tief greifendes Verständnis der Situation der Partnerkommune notwendig, um genau planen zu können, in welchen Bereichen die Zusammenarbeit stattfinden soll. Dies kann im Rahmen einer allgemeinen Situationsanalyse geschehen, die auch Herausforderungen und Potenziale erkundet, zum Beispiel durch Austausch von Daten, zentralen Dokumenten oder existierenden Handlungsansätzen. Anschließend erfolgt die Schwerpunktsetzung durch Detailanalysen, die Bewertung von möglichen Handlungsfeldern und gegebenenfalls SWOT-Analysen.¹ In Verbindung mit den Besuchen vor Ort gelingt meist eine schnelle Identifizierung von Handlungsschwerpunkten. Auf dieser Grundlage

kann dann das gemeinsame Handlungsprogramm entwickelt werden.

Das gemeinsame Handlungsprogramm ist das **zentrale Dokument** der Klimapartnerschaft, bietet allen Beteiligten einen **strategischen Rahmen, zeitliche Orientierung** und stärkt die **Verbindlichkeit** der Zusammenarbeit. Das Handlungsprogramm beschreibt strategische Ziele, operative Ziele und Maßnahmen und benennt zeitliche, finanzielle und personelle Ressourcen zur Umsetzung.

Zur langfristigen Orientierung wird eine **Vision** formuliert, die als Grundlage für den Aufbau der Klimapartnerschaft dient. Die **Vision** der Klimapartnerschaft beschreibt einen idealisierten Zustand in beiden beteiligten Kommunen zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Zukunft und bewegt sich zwischen Utopie und Realität. In die Vision der Klimapartnerschaft können vorhandene Grundsätze der Partnerschaftsarbeit oder auch klimarelevante Aspekte integriert werden.

¹ Die SWOT-Analyse ist ein Instrument der strategischen Planung. Sie analysiert *strengths* (Stärken), *weaknesses* (Schwächen), *opportunities* (Chancen) und *threats* (Risiken).



Abbildung 4: Aufbau des Handlungsprogramms

Mögliche thematische Schwerpunkte des Handlungsprogramms:

- **Im Bereich Klimaschutz:** Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Energieeinsparung, nachhaltige Land- und Forstwirtschaft
- **Im Bereich Klimafolgenanpassung:** Wasserhaushalt, Boden, Landwirtschaft, Forstwirtschaft, biologische Vielfalt

3. Umsetzung und Weiterentwicklung: Nach der Erarbeitung des gemeinsamen Handlungsprogramms geht es an die gemeinsame Umsetzung von Maßnahmen. Hierbei ist es wichtig, eine Priorisierung vorzunehmen und entsprechende Finanzierungsquellen zu identifizieren, um die Maßnahmen abzusichern. Das Handlungsprogramm bildet hier den Ausgangspunkt für Förderanträge auf internationaler und nationaler Ebene oder auch für die Akquise privater Spenden.



Fragen aus dem Publikum

Berichterstattungen können strategisch für das Monitoring genutzt werden. Dazu gehört beispielsweise, Zielerreichungen zu messen und positive Entwicklungen zu bewerben, gegebenenfalls Anpassungen vorzunehmen (bei Fehlentwicklungen oder Zielverfehlung) sowie den strategischen Ansatz mithilfe von Soll-Ist-Vergleichen kontinuierlich zu verbessern. Im Rahmen eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses soll das Handlungsprogramm stetig überprüft, angepasst und weiterentwickelt werden. Streng genommen

ist das Handlungsprogramm also ein Arbeitsdokument und nie wirklich abgeschlossen.

3.4. Organisatorische Aspekte des Projekts

Nadine Thoß erläuterte einige der wichtigsten Unterstützungsangebote der SKEW für die Klimapartnerschaften. Dabei bezog sie sich auf



Nadine Thoß

die oben dargestellten drei Schritte zur Erstellung der Handlungsprogramme. Sie lud die Anwesenden ein, sich bei allen aufkommenden Fragen an das Team der SKEW zu wenden.

Arbeitsstruktur und Kommunikation

- **Webseite und Engagement-Global-Community:** Auf der Projekt-Webseite der SKEW lassen sich in mehreren Sprachen Präsentationen und Dokumentationen der Workshops und Netzwerktreffen sowie weitere relevante oder hilfreiche Studien und Fotos finden (<https://skew.engagement-global.de/kommunale-klimapartnerschaften.html>). Zusätzlich gibt es eine Kollaborationsplattform, um mit anderen Klimapartnerschaften in den Austausch zu kommen und alle projektrelevanten Dokumente zu erhalten.
- **Individualisierte Projektflyer:** Bis zu 250 Flyer können pro Sprache für die Darstellung der Partnerschaftsarbeit produziert werden.
- **Übersetzungen:** Bis zu 30 Seiten von projektrelevanten Dokumenten (Klimaschutzkonzepte, Protokolle von Arbeitsgruppen der Klimapartnerschaft etc.) pro Klimapartnerschaft können übersetzt werden.
- **Leitfaden, Checklisten** (etwa zur Vorberei-

tung auf die Entsendungen), **Dokumentation** von internationalen Workshops und Netzwerktreffen

- **Beratung und Begleitung durch SKEW und LAG 21 NRW**

Analyse und Handlungsprogramm:

- **Expertenentsendungen:** Insgesamt werden drei wechselseitige Entsendungen mit je dreiköpfigem Expertenteam pro Klimapartnerschaft finanziert und inhaltlich begleitet. Neben den Zielen, Charakteristika und der Organisation der vorgesehenen Entsendungen erläuterte Nadine Thoß detailliert die Leistungen der SKEW (insbesondere die Übernahme von Reisekosten).
- **Workshop während einer Entsendung in Richtung Deutschland:** Während einer Entsendung in Richtung Deutschland bieten SKEW und LAG 21 NRW einen eintägigen Workshop zur Erstellung des Handlungsprogramms an.
- **Netzwerktreffen und internationale Workshops:** Während der Projektzeit finden neben dem Auftakt- und dem Ergebnisworkshop vier Netzwerktreffen für deutsche Kommunen

Umsetzung und Weiterentwicklung:

- **Internationaler Ergebnisworkshop:** Vorstellung der Handlungsprogramme und Planung der weiteren Zusammenarbeit
- **Beratung zu Projektfinanzierung** durch eigene Mittel der Kommunen, Spenden, Sponsoring, Fördergelder etc.
- **Finanzielle und personelle Förderinstrumente** der SKEW für die Projektumsetzung
- **Möglichkeit zur weiteren Entsendung** zwei Jahre nach Erarbeitung des Handlungsprogramms zur Fortschreibung und Weiterentwicklung
- **Weiterführende Beratung durch SKEW und LAG 21 NRW bei Bedarf**



Die Teilnehmenden folgen dem Vortrag

sowie ein Netzwerktreffen für die Partnerkommunen statt.

- **Beratung zu ergebnisorientiertem Projektmanagement**
- **Bereitstellung von Vorlagen für Dokumentation und Berichterstattung**

4. AUSTAUSCH ÜBER ERFAHRUNGEN AUS VORHERIGEN PROJEKTPHASEN

20

Im Rahmen eines Podiumsgesprächs berichteten mehrere Aktive aus laufenden Klimapartnerschaften von ihren Erfahrungen. Auf dem Podium vertreten waren:



Das Podium

- Karl Lichtenberg, stellvertretender Vorsitzender des Vereins zur Förderung der Städtepartnerschaft Köln – Corinto/El Realejo (Nicaragua), zweite Projektphase
- Dertje Gradtke, Stadt Oldenburg, Klimapartnerschaft Oldenburg – Buffalo City (Südafrika), dritte Projektphase
- Johanna Reimers, Freie Hansestadt Bremen, Klimapartnerschaften Bremen – Durban (Südafrika) und Bremen – Windhuk (Namibia), erste und sechste Projektphase

Moderation: „Sie haben alle bereits Erfahrungen mit einer kommunalen Klimapartnerschaft gesammelt. Wie waren die Anfänge und wo stehen Sie aktuell?“

Johanna Reimers: „Mit unserer Partnerstadt Durban sind wir im Jahr 2011 eine Klimapartnerschaft eingegangen, also bereits vor acht Jahren. Wir sind weiterhin auch zusammen aktiv. Eine unserer Arbeitsgruppen beschäftigte sich zuletzt mit der Renaturierung

eines Flusslaufes in Durban, eine andere mit Umweltbildung für Schülerinnen, Schüler und junge Erwachsene. Mit unserer namibischen Partnerstadt Windhuk haben wir im Rahmen der sechsten Phase des Projekts ebenfalls eine Klimapartnerschaft gegründet. In dieser Partnerschaft erstellen wir derzeit noch unser Handlungsprogramm. Unsere Schwerpunktthemen liegen in Bereichen wie Abfall- und Abwassermanagement, Umweltbildung und nachhaltiger Tourismus. In zwei Wochen haben wir das letzte Netzwerktreffen der deutschen Kommunen und der Abschlussworkshop findet dann in Südafrika statt. Bei uns kommt auch die Frage der Klimagerechtigkeit immer wieder auf, weil uns in Bremen das Thema genauso wie die Kolonialgeschichte sehr wichtig ist und wir stets versuchen, die Abstimmungsprozesse gemeinsam und auf Augenhöhe zu gestalten.“

Karl Lichtenberg: „Unsere Verbindung zu Corinto besteht bereits seit 35 Jahren. Wir haben im Jahr 2005 einen Schul- und Jugendaustausch organisiert und mit der Zirkusarbeit angefangen. Da die Stadt eher klein ist, führte die niedrigschwellige Arbeit mit Kindern und Jugendlichen zum Erfolg. So konnte die Bevölkerung uns kennenlernen. Nach einigen Jahren hatten wir auch das Vertrauen der Kommunalverwaltung gewonnen und konnten uns größere Projekte vornehmen. Da kam die Klimapartnerschaft wie gerufen. Als wir mit unseren Partnern die Gespräche aufnahmen, lagen viele Themen schnell auf der Hand, so zum Beispiel Küsten- und Katastrophenschutz, aber auch Abfall- und Abwassermanagement. So sind wir zum Teil bereits in die Umsetzung eingestiegen und haben das Zirkuszentrum zu einem Katastrophenschutzzentrum umgewidmet. Ergänzend haben wir entlang der

Küste sogenannte Geotubes² eingesetzt. Diese Maßnahme wurde nun als Pilotprojekt von der Nationalregierung aufgenommen und wird derzeit von der Universität in Managua evaluiert.“

Dirkje Gradtke: „Wir haben gemeinsam mit Buffalo City in Südafrika im Jahr 2014 eine Klimapartnerschaft gegründet. Momentan arbeiten wir zum Thema Bewusstseinsbildung und Trinkwasserschutz. Im Rahmen unserer Sitzungen haben wir das Handlungsprogramm stets mit dabei und gucken regelmäßig hinein, um den aktuellen Stand abzugleichen.“

Moderation: „Der Partnerschaftsverein Köln – Corinto/El Realejo ist in den Zeiten der Solidaritätsbewegung mit Nicaragua entstanden. Wie war es für Sie, ein technisches Handlungsprogramm zu entwickeln, und wie arbeiten Sie heute damit?“

Karl Lichtenberg: „Für uns besteht kein Widerspruch darin, dass wir aus der Solidaritätsbewegung kommen. Wir waren sehr froh, als wir von diesem Programm erfuhren – es ist konkret und wir freuen uns über die Unterstützung. Mit der Klimapartnerschaft können wir die Lebensverhältnisse der Menschen vor Ort konkret verbessern. Mit der nationalen Ebene führen wir trotzdem weiterhin Gespräche über Menschenrechte. Als zivilgesellschaftliche Organisation sind wir etwas freier als die Lokalpolitik, uns von der Nationalregierung distanzieren zu können. Wenn die Zivilgesellschaft und die Politik sich gegenseitig akzeptieren und anerkennen, kann jeder seine Stärken ausfahren. So kann aus einem kleinen Projekt eine kontinuierliche Gesamtstruktur aufgebaut werden.“

Moderation: „Wie haben Sie die Arbeit mit dem Handlungsprogramm und dem Leitfaden erfahren?“

Dirkje Gradtke: „Das Handlungsprogramm ist für uns ein lebendes Dokument. Wir

empfinden es als hilfreich, eine thematische Grundlage zu haben, welche die Basis für den Austausch bildet. Wir haben bis zu 30 Projektideen und konkrete Anknüpfungspunkte, die wir gemeinsam angehen können.“

Karl Lichtenberg: „Darüber hinaus ist es auch eine Legitimation gegenüber der Stadtverwaltung. Der Kölner Stadtrat hat dem Handlungsprogramm zugestimmt und das hilft uns, fordernder auftreten zu können.“



Johanna Reimers

Johanna Reimers: „Ich würde raten, nicht zu viel Respekt vor dem Handlungsprogramm und dem Leitfaden zu haben. Man kann vielleicht das Gefühl bekommen, dass es sich um ein sehr bürokratisches Werk handelt. Aber als wir auf dem Weg waren, sind wir schnell in die Praxis gekommen, und da geht es dann um die Inhalte.“

Moderation: „Wie ist es Ihnen mit der Arbeitsbelastung ergangen?“

Karl Lichtenberg: „Für uns waren die Reisekostenabrechnungen mit einem hohen Aufwand verbunden. Aber es gibt auch Unterstützung von der SKEW.“

Dirkje Gradtke: „Sobald eine Kommune an einem Programm teilnimmt, wird sie von der SKEW regelmäßig über Unterstützungsmöglichkeiten informiert. Bei finanziellen Unterstützungsleistungen handelt es sich in der Regel um eine 90-prozentige Finanzierung. Es ist nicht immer einfach, die Förderanträge

2 Geotubes sind ungefähr 80 Meter lange und zwei Meter hohe, mit Sand gefüllte textile Schläuche. Diese wirken wie ein Schutzwall und verhindern weitere Abtragungen der Küste.

zu stellen, weil Planungen gemacht werden müssen, die weit in der Zukunft liegen. Aber bei der SKEW gibt es viele Telefonnummern und viele Ohren, meistens gibt es dafür eine Lösung. Es lohnt sich, den Versuch zu starten.“

Moderation: „Was möchten Sie den neuen Klimapartnerschaften gerne mit auf den Weg geben?“

Karl Lichtenberg: „Ich mache es kurz und knapp, denn unsere Devise ist: ‚Einfach machen!‘“



Karl Lichtenberg



Dirtje Gradtke

Dirtje Gradtke: „Nutzen Sie die nächsten Jahre, um sich kennenzulernen, treffen Sie sich so häufig wie möglich. Danach ist immer noch Zeit für die Umsetzung. Es ist wichtig, die jeweiligen Strukturen kennenzulernen. Lassen Sie sich auf die Partnerschaft ein und sammeln Sie Kontakte. Projektideen entstehen dann oft fast von alleine.“

Johanna Reimers: „Es kann lohnenswert sein, die kommunalen Eigenbetriebe, zum Beispiel die Abwasserbetriebe, einzubeziehen. Dies war bei uns am Anfang zwar nicht immer einfach, doch inzwischen haben sich die Einstellungen innerhalb der Verwaltung gewandelt. Der Abwasserbetrieb kommt inzwischen sogar proaktiv auf uns zu, da die internationale Zusammenarbeit sehr attraktiv für die Mitarbeitenden dort ist. Das ist ein großer Mehrwert, den unser Fachpartner in der Klimapartnerschaft für sich sieht. In Windhuk werden die Aufgaben aus unserem Handlungsprogramm sogar in die Stellenbeschreibungen der Verwaltungsmitarbeitenden aufgenommen. In Bremen müssen wir dagegen immer wieder neu versuchen, Kapazitäten freizumachen.“

5. DIE KOMMUNEN DER SIEBTEN PHASE

5.1. Teilnehmende Kommunen

Am Vormittag des ersten Tages stellten sich die teilnehmenden Partnerschaften bzw. ihre anwesenden Vertreterinnen und Vertreter vor.



Partnerschaft Bad Berleburg – Morogoro District

Bad Berleburg – Morogoro District, Tanzania

Bereits seit 1990 stehen die Kirchenkreise der beiden Orte im Austausch. Nun geht es einen Schritt weiter: Die von Bürgermeister Bernd Fuhrmann geführte Delegation hat erstmalig ihre Partner aus dem Morogoro District kennengelernt. Es gibt viele mögliche Themen der Zusammenarbeit, zum Beispiel nachhaltige Landwirtschaft, erneuerbare Energien oder Wassermanagement. Sie wollen sich gemeinsam der globalen Verantwortung stellen und mit der Partnerschaft die internationalen Netzwerke stärken.

Landeshauptstadt Erfurt – San Miguel de Tucumán, Argentinien

Die Partnerschaft besteht bereits seit 1993. Nachdem es viele Jahre etwas ruhiger war, planen die beiden Städte nun, ihre Kooperation um das Themenfeld Klimawandel zu erweitern. Mögliche Themen sind Abfallmanagement, Mobilität oder erneuerbare Energien.

Gersthofen – Baringo County, Kenia

Nach über zehn Jahren florierender Partnerschaft unterzeichneten die Partner 2018 eine offizielle Freundschaftserklärung. Eine wichtige Rolle nimmt der Verein Pro Kapsogo ein. Mögliche Themen der Zusammenarbeit sind Trinkwassergewinnung und Abwassermanagement.



Partnerschaft Hansestadt Rostock – Panajachel

Hansestadt Rostock – Panajachel, Guatemala

Nach einigen Jahren einer Fair-Trade-Kooperation für Kaffee wurde 2018 eine Städtefreundschaft gegründet, unterstützt vom Freundeskreis Rostock – Panajachel. Die Partner wollen zum Thema Abfall- und Wasserwirtschaft zusammenarbeiten. Dabei spielt auch der See Atitlán in Panajachel eine wichtige Rolle.

Karlsdorf-Neuthard – Guabiruba, Brasilien

Die Partnerschaft besteht seit 2010 und kann auf außergewöhnliche Verbindungen zurückblicken: Sie wurde damals im Rahmen des Jubiläums „150 Jahre badische Einwanderung nach Santa Catarina“ begründet. Nach Familienzusammenführungen und wirtschaftlicher Zusammenarbeit betreten die Städte neue

Wege: Nachdem bereits der Landkreis Karlsruhe und die brasilianische Stadt Brusque (eine direkte Nachbarstadt von Guabiruba) 2015 eine Klimapartnerschaft begründet haben, möchte sich diese Partnerschaft nun ebenfalls mit klimarelevanten Themen beschäftigen.

Landkreis Reutlingen – Ulundi, Südafrika

Die Kooperation begann 2010 unter Federführung der Stiftung NatureLife International, die bereits Kontakte nach Südafrika pflegte. Ziel ist es, einen internationalen Nachhaltigkeitsdialog zu führen, in den die Klimapartnerschaft strategisch eingebettet wird. Themen gibt es viele. Angedacht sind Energiemanagement, Abfallwirtschaft, Ressourcenmanagement, Katastrophenschutz und nachhaltiger Tourismus.

Landkreis Teltow-Fläming – Katima Mulilo Town, Namibia

Diese Kooperation ist erst mit dem Beginn der Klimapartnerschaft begründet worden. Eigens war der Botschafter Namibias in Deutschland angereist, um die neue Partnerschaft zu würdigen. Der Landkreis Teltow-Fläming hat den Klimawandel durch Trockenheit und Waldbrände deutlich zu spüren bekommen. Für Katima Mulilo hat das Thema Abfallmanagement hohe Priorität.

Münster – Monastir, Tunesien

Die Partnerschaft feiert 2019 bereits ihr 50-jähriges Jubiläum. Seit der Jasminrevolution in Tunesien besteht auch Kontakt auf der Verwaltungsebene. Die Städte erhoffen sich, ihre Zusammenarbeit durch die fachliche Ausrichtung und Wissenstransfer auf ein neues Level zu heben. Überschwemmungen bzw. Starkregen und auch das Thema Abfallwirtschaft könnten mögliche Schwerpunkte für die Klimapartnerschaft sein.

Neu-Isenburg – Kwadaso Municipal Assembly, Ghana

Die Delegationen trafen sich im Rahmen der Konferenz das erste Mal, nachdem persönliche Kontakte nach Ghana die Kooperation angebahnt hatten. Beide Kommunen stehen vor großen Herausforderungen: der massive Umbau im Bereich Verkehr und Energieversorgung in Neu-Isenburg, extreme Wetterereignisse wie Trockenperioden, Hitzewellen und Starkregen in Kwadaso.

Osterode am Harz – Département de Kaolack, Senegal

Aus einer aktiven Schulpartnerschaft und der Ausbildung von sogenannten Klimabotschafterinnen und -botschaftern entwickelte sich eine Städtefreundschaft. Seit 2017 spielen Themen wie Nachhaltigkeit und Klimaschutz eine verstärkte Rolle im Austausch. Im Rahmen der Klimapartnerschaft könnten Forstwirtschaft, Wasser- und Abfallmanagement mögliche Schwerpunktthemen sein.



Die Partnerschaft Teltow-Fläming – Katima Mulilo stellt sich vor

5.2. Abendempfang im Rathausaal der Stadt Münster und feierliche Überreichung der Vereinbarungen



Wendela-Beate Vilhjalmsson

Den Abend des ersten Konferenztags beschloss ein Empfang im Rathausaal der Stadt Münster mit Überreichung der Vereinbarungen. Bürgermeisterin Wendela-Beate Vilhjalmsson ließ die historische Bedeutung des Ortes in ihrer Begrüßungsrede nicht unerwähnt. Den Friedensaal des historischen Rathauses bezeichnete sie als Herzstück der Stadt Münster – hier wurde 1648 der „Westfälische Frieden“ geschlossen und der Dreißigjährige Krieg beendet. Damit sei in Münster der Grundstein für ein geeintes Europa gelegt worden. Die Stadt pflegt bis heute das Bewusstsein einer Friedensstadt. Sie betonte, dass globale Themen wie Frieden und Klimawandel eng miteinander verbunden seien: Der globale Klimawandel erfordere global abgestimmte Aktionen, denn die Herausforderungen bestünden auf allen Kontinenten. Dies führe uns vor Augen, dass wir eine Menschheit in einer Welt seien. Es liege in unserem Interesse, die Erde auch für die nächsten Generationen zu erhalten. Sie freute sich sehr über die internationale Kooperation im Rahmen der Klimapartnerschaften und wünschte allen Gästen einen angenehmen Abend.

Jessica Baier, Abteilungsleiterin Themenpartnerschaften und Agenda 2030 kommunal bei der SKEW von Engagement Global, war es eine besondere Ehre, die neuen Klimapartnerschaften zu begrüßen. „Es geht darum, voneinander zu lernen und sich gegenseitig im Engagement zu bestärken“, betonte sie. Nach diesem Tag seien die ersten Schritte bereits getan. Seitens der SKEW sei man überzeugt, dass ein gemeinsames Engagement für Klimaschutz und Klimafolgenanpassung dringend notwendig sei und Lösungen nur gemeinsam gefunden werden könnten. Sie gratulierte den teilnehmenden Kommunen, dass sie sich gemeinsam auf den Weg machten. Es sei Tradition, den ersten Tag mit der Übergabe der Vereinbarungen ausklingen zu lassen, die die Grundlage für die Zusammenarbeit der nächsten Jahre bilden werden. Sie seien ein Symbol für das gemeinsame Engagement.



Jessica Baier



Bad Berleburg – Morogoro District



Erfurt – San Miguel de Tucumán



Gersthofen – Baringo County



Hansestadt Rostock – Panajachel



Guabiruba – Karlsdorf-Neuthard



Landkreis Reutlingen – Ulundi



Landkreis Teltow-Fläming – Katima Mulilo Town



Münster – Monastir



Neu-Isenburg – Kwadaso Municipal Assembly



Osterode am Harz – Département de Kaolack

6. KLIMAWANDEL UND KLIMAPOLITIK

6.1. Globaler Klimawandel und seine Auswirkungen auf die Kommunalpolitik

M.Sc. Dipl.-Ing. Thiago Garcia, Projektleiter am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK)

Thiago Garcia ging auf die Ziele des Paris-Abkommens ein und erläuterte die globalen Zusammenhänge verschiedener Erdsysteme, die sich aufgrund des Klimawandels potenziell gefährlichen Kipppunkten nähern. Zuletzt stellte er ein Projekt des PIK vor. Sein Vortrag in der Zusammenfassung:

1. Stand der Forschung

Thiago Garcia begann seinen Vortrag mit einer geschichtlichen Exkursion: Vor rund 12.000 Jahren hat das sogenannte Holozän begonnen, wie die bis heute andauernde warmzeitliche Klimaepoche der Eiszeit genannt wird. Das stabile Klima hat zur Niederlassung der Menschen geführt und die Entwicklung von Hochkulturen begünstigt. Ein weiterer wichtiger Meilenstein aus Sicht der Klimaforschung war die industrielle Revolution, da sich seitdem ein langfristiger Trend der Temperaturerhöhung beobachten lässt.

Für die weitere Entwicklung des Klimawandels spielen die Klimakipppunkte eine zentrale Rolle. Sie beschreiben im Klima-Erdsystem Subsysteme, die durch Rückkopplungen und Wechselwirkungen besonders sensibel auf Veränderungen und äußere Einflüsse reagieren, zum Beispiel auf die Erderwärmung. So können drastische Klimaveränderungen entstehen, die sich abrupt vollziehen, sich selbstständig und dadurch irreversibel werden können. Zu diesen sensiblen Subsystemen gehören beispielsweise die Korallenriffe, die arktische Meereisbedeckung oder auch der Amazonas-Regenwald. Sollte beispielsweise der Regenwald als Folge des Klimawandels austrocknen, werden unter anderem große Mengen an Kohlendioxid freigesetzt, die den Klimawandel noch beschleunigen. Hinzu kommt, dass sich die Kipppunkte auch gegenseitig beeinflussen können, es zu Wechselwirkungen oder sogar Dominoeffekten (Kaskaden) kommen und in der Folge das gesamte System kippen bzw. zusammenbrechen kann. Dies verdeutlicht, wie komplex die Zusammenhänge und die Interaktion der Subsysteme sind. Der Klimawandel verursacht darüber hinaus weitere Veränderungen, etwa Migration. Da der Einfluss der Menschheit auf ihre Umwelt derzeit den stärksten Einflussfaktor auf das Weltklima darstellt, der zur Überschreitung der Kipppunkte führen kann, wurde der Begriff des Anthropozäns geprägt, der eine neue Klimaepoche außerhalb des stabilen Zyklus des Holozäns beschreibt. Zwar lassen sich auf überregionaler Ebene einige Wahrscheinlichkeiten herleiten, welche Regionen in welcher Form vom Klimawandel betroffen sind und sein werden (zum Beispiel vermehrt Dürren in Nordafrika). Bislang fehlt es allerdings an Daten, um diese auch mit der lokalen Ebene in Verbindung zu bringen.



Thiago Garcia

2. Klima-governance und Klimapolitik

Eine nachhaltige Klimapolitik, die SDGs und die Grenzen des Planeten müssen laut Thiago Garcia zusammen gedacht werden, da sie alle voneinander abhängen. Die Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Nachhaltigkeitszielen werden derzeit von der Wissenschaft untersucht. 2015 hat die Weltgemeinschaft zudem das Pariser Klimaabkommen vereinbart, das das 1,5- bzw. 2-Grad-Ziel festlegt. Immer mehr wird außerdem anerkannt, dass die lokale Ebene von zentraler Bedeutung für die globale Entwicklung ist. Städte sind beispielsweise für rund 70 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich.

Deutschland hat bereits vor einiger Zeit die Energiewende eingeleitet. Neben der „Nationalen Klimaschutzinitiative“ des Bundesumweltministeriums (2008) wurde 2011 der Ausstieg aus der Atomenergie bis 2022 vereinbart. Der in einem partizipativen Prozess erarbeitete „Klimaschutzplan 2050“ soll 2019 als Basis für ein nationales Klimaschutzgesetz dienen. Gleichzeitig gilt es, diese Transformation sozial verträglich zu gestalten – man denke nur an die (ehemaligen) Bergbauregionen im Ruhrgebiet oder in der Lausitz. Für die lokale Ebene stellt die Skalierung der überregionalen Prognosen und Maßnahmen eine große Herausforderung dar. Hier stellen sich etwa Fragen der Zuständigkeit und der Interaktion mit den anderen *governance*-Ebenen.

Thiago Garcia betonte, dass es neben der Reduktion von Emissionen und Anpassungsmaßnahmen auch einer enormen Willensanstrengung sowie eines grundsätzlichen Umdenkens bedarf, um die Ziele des Paris-Abkommens zu erreichen.

3. „East Africa-India-Peru Climate Capacities“ (EPICC)

Zum Schluss stellte Thiago Garcia EPICC vor. Bei diesem PIK-Projekt sollen lokale Partner aus Tansania, Peru und Indien durch Wissensvermittlung, Forschungszusammenarbeit und Kapazitätenaufbau die Möglichkeit bekommen, mit saisonalen Vorhersagen zu arbeiten und aktuelle sowie zukünftige Klimaeinflüsse und -auswirkungen zu bewerten. Die jährlichen Workshops in den

Partnerländern sind auf deren Bedürfnisse und Anforderungen ausgelegt und sollen den Dialog mit Interessengruppen sowie den wissenschaftlichen Austausch weiter ausbauen. Ziel des Projektes ist es, die Lücke zwischen Klimaforschung und der Anwendung ihrer Ergebnisse in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu schließen. Den Partnern bietet es die Möglichkeit, ihre Expertise in den Feldern Landwirtschaft, Wasserwirtschaft und Migration zu vertiefen. Außerdem werden auf die nationalen Bedürfnisse zugeschnittene Informationen zur Klimaentwicklung vermittelt. Offen ist allerdings noch die Frage, wie wissenschaftliche Modellierungen der überregionalen Ebene auf der lokalen Ebene zur Anwendung kommen können, zum Beispiel durch Visualisierungstools.



Das Plenum folgt den Ausführungen von Thiago Garcia

4. Fragerunde

Frage: „In Kenia haben sich die Niederschläge verändert; sie kommen jetzt nicht mehr im März, sondern später. Hängt das mit dem Klimawandel zusammen, und wenn Ja, wie?“

Thiago Garcia: „Die Situation in Kenia ist sehr besorgniserregend. Es hat immer noch nicht geregnet. Mit unserem heutigen Wissen können wir davon ausgehen, dass die Menschheit für viele der heutigen Herausforderungen verantwortlich ist. Saisonale Abweichungen können mit verschiedenen Wechselwirkungen zusammenhängen. Es gibt dazu einige Studien, aber es ist immer noch ein großer Lernprozess. Eigentlich hat die Wissenschaft hierzu mehr Fragen als Antworten.“

Frage: „Viele Arten sind vom Aussterben bedroht, doch es gibt Spezies, welche gut mit dem Klimawandel klarkommen. Leider sind diese eher invasive Arten und vertreiben darüber hinaus sogar andere Arten. Würden Sie raten, die anderen Arten davor zu schützen oder der Natur zu vertrauen, dass sie hier ein neues Gleichgewicht findet und Arten sich anpassen?“

Thiago Garcia: „Das ist in der Tat eine schwierige Frage. Eingriffe können große Risiken mit sich bringen. Das System ist zu komplex, es gibt viele Wechselwirkungen. Deswegen würde ich dazu tendieren, vorsichtig zu bleiben, nicht vorschnell einzugreifen, bis wir etwas nicht komplett verstanden haben, da wir danach vielleicht nicht mehr in der Lage sein werden, den Ursprungszustand wiederherzustellen.“

Frage: „Warum ist Afrika von den Folgen stärker betroffen, obwohl der Kontinent viel weniger CO₂-Emissionen produziert als der Globale Norden?“

Thiago Garcia: „Hier geht es um das Thema der Klimagerechtigkeit. In der Tat sind die Industrienationen die Hauptverursacher des Klimawandels, sodass beispielsweise hier in Deutschland eine große Verantwortung besteht. Das beinhaltet auch die Frage, welche Unterstützung die Regionen und Länder bekommen sollten, die von dem Klimawandel stärker betroffen sind, obwohl sie weniger CO₂-Emissionen produzieren. Aus welchen Gründen Afrika aus technischer Sicht stärker betroffen ist, kann ich derzeit nicht eindeutig beantworten – das Thema ist einfach zu komplex. Auch Deutschland ist stark vom Klimawandel betroffen, doch das Land hat auch mehr Möglichkeiten, damit umzugehen.“

6.2. Deutsche Klimapolitik und die Rolle der Kommunen

Moritz Schmidt, LAG 21 NRW



Moritz Schmidt

Moritz Schmidt beleuchtete die Hintergründe der Klimapolitik in Deutschland und ging dabei auf die Rolle der Kommunen in diesem Bereich ein:

Deutschland emittiert wesentlich mehr CO₂-Emissionen pro Kopf als viele andere Länder und trägt damit eine entsprechende Verantwortung für das Weltklima. Anfang der 1990er-Jahre spiegelte sich dies in ersten parlamentarischen Berichten zum Klimawandel. Auch die Unterzeichnung der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) 1992 gab zusammen mit der Rio-Konferenz einen wichtigen Anstoß, Klimapolitik als eigenes Politikfeld zu begreifen. 1995 organisierte Dr. Angela Merkel, damals noch als Umweltministerin, die erste Weltklimakonferenz (COP 1). Als weitere wichtige Meilensteine folgten das Kyoto-Protokoll (1997), mit dem sich Deutschland völkerrechtlich klimapolitischen Zielen verpflichtet, und das Pariser Klimaabkommen (2015), das die Zeit nach 2020 weiter konkretisiert und das 1,5-Grad-Ziel festschreibt.

Klimapolitik ist stark mit anderen Politikfeldern verflochten wie Umwelt- oder Energiepolitik, Wirtschafts- und Außenpolitik, Verkehrs- oder Landnutzungspolitik. Wenn beispielsweise über 60 Prozent des Energieverbrauchs in Deutschland über Importe

gedeckt werden, besteht eine starke Verbindung zur Außenpolitik. In Deutschland lässt sich Braunkohle abbauen, ein Energieträger mit hohen CO₂-Emissionen und einem niedrigen Wirkungsgrad. Gleichzeitig hängen an der Braunkohleförderung Arbeitsplätze und so ergeben sich Zielkonflikte, die moderiert werden müssen.

CO ₂ -Emissionen ausgewählter Länder 2017	
Land	CO ₂ -Emissionen pro Kopf in Tonnen
Deutschland	9,7
Ghana	0,6
Kenia	0,3
Namibia	1,6
Ruanda	0,1
Senegal	0,6
Südafrika	8,0
Tansania	0,2
Tunesien	2,4
Argentinien	4,6
Brasilien	2,3
Guatemala	1,2

Quelle: Oak Ridge National Laboratory, U.S. Department of Energy, 2017

Die wichtigsten Ziele der deutschen Klimapolitik bestehen in ...

- der schrittweisen Reduktion von Treibhausgasemissionen (Ziel 2020: 40 Prozent und Ziel 2050: 80–95 Prozent Reduktion im Vergleich zu 1990);
- der Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch (Ziel 2020: 18 Prozent und Ziel 2050: 60 Prozent Anteil am Endenergieverbrauch);
- der Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch (2020: 35 Prozent und 2050: 80 Prozent).

Fachleute gehen davon aus, dass die Ziele für 2020 nicht erreicht werden. Im Bereich Verkehr sind die CO₂-Emissionen beispielsweise durch Rebound-Effekte seit 1990 konstant geblieben.

Moritz Schmidt nannte **drei große Bereiche, in denen Instrumente der deutschen Klimapolitik ansetzen:**

- **Marktorientierte Instrumente:** Emissionshandel Europäische Union (EU; Kauf von CO₂-Zertifikaten), Kyoto-Mechanismen (Ausgleichszahlungen),³ Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)⁴
- **Marktanreizprogramme** durch Projektförderung (energieeffiziente Straßenbeleuchtung etc.)
- **„Klimaschutzplan 2050“:**⁵ partizipatorischer Ansatz bei der Entwicklung des Plans, um Interessenkonflikte, Wünsche und Ideen aller wichtigen Akteure zu beachten

Die **zeitliche Entwicklung der Energiewende lässt sich in drei Phasen unterteilen:**

Nach der Installation neuer Energiesysteme befindet sich Deutschland in der zweiten Phase der Systemadaption (Dezentralisierung der Energieerzeugung, Implementierung kurzfristiger Speicher etc.). Die dritte Phase wird zukünftig die nachhaltige Gestaltung und Absicherung beinhalten (etwa Speichersysteme).

Auch die Bundesregierung hat erkannt, dass **Kommunen wichtige Akteure sind, um die nationalen Klimaziele zu erreichen**, weil sie mit ihrer Expertise und ihren Erfahrungen lokal angepasste Problemlösungen erarbeiten und umsetzen können. Jedoch sind Klimaschutz und Klimafolgenanpassung keine kommunalen Pflichtaufgaben, sondern geschehen auf freiwilliger Basis. Die Kommunen geraten dadurch unter Rechtfertigungsdruck und müssen abwägen, wie sie ihre knappen finanziellen Mittel einsetzen. Die Bundesregierung

3 Weitere Infos: www.carbon-mechanisms.de/einfuehrung/die-kyoto-mechanismen-cdm-und-ji.

4 Das EEG bildet den Rechtsrahmen zur Stromeinspeisung aus erneuerbaren Energien ins öffentliche Netz. Hier werden Einspeisetarife je nach Art der erneuerbaren Energie (Photovoltaik, Windkraft, Wasserkraft, Biomasse) garantiert. Dadurch erhöht sich die Investitionssicherheit. Zwischen 2000 und 2016 konnte die Stromeinspeisung aus erneuerbaren Energien von sechs auf 29 Prozent erhöht werden.

5 Der „Klimaschutzplan 2050“ mit Erläuterungen: www.bmu.de/themen/klima-energie/klimaschutz/nationale-klimapolitik/klimaschutzplan-2050.

möchte die Kommunen deshalb fördern, indem sie ihnen ermöglicht, direkt Gelder zu beantragen, um strategische Prozesse oder investive Maßnahmen in Angriff zu nehmen oder eine Personalstelle für Klimaschutzmanagement zu finanzieren.

In der anschließenden Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass der „Klimaschutzplatz 2050“ der Bundesregierung bisher nicht in Gesetzesform überführt worden ist. Da Deutschland die gesteckten Ziele nach derzeitigem Stand verfehlen wird, wurde empfohlen, den Plan noch 2019 als verbindliche Rechtsgrundlage zu gestalten. Verwiesen wurde an dieser Stelle auf Nordrhein-Westfalen, das bereits ein Klimaschutzgesetz verabschiedet hat.



Teilnehmende im Plenum

Diskutiert wurde weiterhin, welche Auswirkungen dies auf die deutschen Kommunen haben könnte, auch unter dem Aspekt der kommunalen Selbstverwaltung. Beispielhaft genannt wurden die Stadt Konstanz, die als erste deutsche Stadt den Klimanotstand ausgerufen hat und ihre Entscheidungen zukünftig unter einen Klimavorbehalt stellt, sowie vergleichbare Entwicklungen in Neuseeland, hier auf nationaler Ebene.

6.3. Fachexkursion zu den Rieselfeldern Münster



Die Teilnehmenden auf der Exkursion

Am Nachmittag des zweiten Tages stand ein Besuch der Rieselfelder auf dem Programm: Nördlich von Münster wurden seit ca. 1900 die Rieselfelder angelegt, um das in Münster anfallende Abwasser zu verrieseln. Über lange Kanäle gelangte das städtische Abwasser zunächst in Absetz- und Verteilerbecken und von dort auf eine 130 Hektar große Fläche, welche in Parzellen aufgeteilt wurde. Dort konnte es versickern und verdunsten. Gleichzeitig fungierten die verrieselten Abwässer auch als Dünger für die nährstoffarmen Böden. Die Menschen konnten sie somit für den Getreide- bzw. Gemüseanbau und als Weideflächen nutzen. Das Bevölkerungswachstum der Stadt Münster erforderte Anfang der 60er-Jahre eine Vergrößerung der Rieselfelder auf eine Fläche von 640 Hektar.

Die Rieselfelder gehören heute zum europäischen Schutzgebietsnetz „Natura 2000“, das bestimmte Pflanzen- und Tierarten sowie ihre Lebensräume schützt. Mithilfe von EU-Fördermitteln konnten Ende der 90er-Jahre rund 200 Hektar der Fläche zu einem Naturerlebnisgebiet umgebaut werden. Rund 60.000 Menschen besuchen jährlich diesen Ort. Zu diesem Zweck wurden ein Rad- und Wanderwegenetz, barrierearme Beobachtungspunkte sowie Informationstafeln eingerichtet.

Weitere Informationen:

<http://wp.biostation-muenster.org>



Gruppenfoto in den Rieselfeldern

7. GRUPPENARBEITEN

34

Gruppenarbeiten in den Partnerschaften standen im Mittelpunkt der beiden folgenden Tage. Sie brachten wichtige Erkenntnisse über die Situation der jeweiligen Partnerkommune. Dadurch können die Kommunen beispielsweise die (Verwaltungs-)Strukturen und Herausforderungen ihres Projektpartners besser verstehen und sich über aktuelle Aktivitäten ins Bild setzen. Daher bilden die Gruppenarbeiten und die damit einhergehenden Diskussionen wichtige Grundlagen für die ersten Entsendungen zum Fachaustausch.



Erste Gruppenarbeitsphase

7.1 Projektablauf

In der **ersten Gruppenarbeitsphase** ging es zum einen darum, ein gemeinsames **Verständnis vom Leitfaden zur Erstellung der Handlungsprogramme zu entwickeln**, indem etwa Fragen oder Unsicherheiten angesprochen wurden. Zum anderen konnten sich die Akteurinnen und Akteure mithilfe einer Roadmap über die **groben Abläufe im Projekt** verständigen und sich und ihre Kommunen gegenseitig vorstellen.

Einige Kommunen tauschten sich zunächst über Erwartungen an das Projekt sowie mögliche Themen der Zusammenarbeit aus. Sie trugen gemeinsame Herausforderungen zusammen und sammelten erste Projekt-

ideen. Andere waren schon sehr weit mit ihren Analysen vorangeschritten und konnten bereits in die Planung einsteigen. Die Klimapartnerschaften erstellten erste Zeitpläne, trugen wichtige Daten zusammen, identifizierten Termine für mögliche Entsendungen und legten fest, was bis dahin jeweils passiert sein sollte. So überlegte eine Partnerschaft, die Entsendung mit einem geplanten Neujahrsempfang, einer Stiftungsgala oder dem Besuch einer Fair-Trade-Messe zu verbinden. Nach der ersten Gruppenarbeitsphase ließ sich eine Aufbruchstimmung bei den Kommunen ausmachen. „Wir können loslegen“, bekräftigte ein Teilnehmer bei der Feedback-Runde. Ein anderer freute sich: „Unsere Partner haben ein tolles Netzwerk, das wird eine spannende Zusammenarbeit!“



Erste Gruppenarbeitsphase

7.2 Arbeitsstrukturen und Kommunikationsmechanismen

Bei der zweiten Gruppenarbeit ging es um die Arbeitsstrukturen und Kommunikationsmechanismen der neu gegründeten Klimapartnerschaften: Die Kommunen führten individuell eine Akteursanalyse durch, indem sie relevante Akteure für ihre Klimapartnerschaft identifizierten und diese auf einer „Akteurslandkarte“ vermerkten. Auf diese

Weise konnten die Wichtigkeit der einzelnen Akteursgruppen für das Projekt (dargestellt durch verschiedene Farben), ihre institutionelle Nähe zur Kommunalverwaltung (dargestellt durch die Distanz zum Zentrum) und die Relationen unter ihnen sichtbar werden. Anschließend stellten die beiden Partnerkommunen sich die Ergebnisse gegenseitig vor. Dies zog einen sehr produktiven Austausch nach sich, der es ermöglichte, die Strukturen und Ressourcen der einzelnen Kommunen festzuhalten und Ideen für den Aufbau der Arbeitsstrukturen auf beiden Seiten zu sammeln.

Die meisten Kommunen wiesen dem Bürgermeister oder dem Stadt- bzw. Gemeinderat einen zentralen Platz im Projekt zu. Auch einzelne Fachämter oder Abteilungen der Kommunalverwaltung (Klimaschutz, Umwelt, Internationales, Bau, Verkehr etc.) wurden fast immer als zentrale Akteure identifiziert und gegebenenfalls mit den jeweiligen Ansprechpersonen konkretisiert. Ergänzend verorteten viele Kommunen ihre Eigenbetriebe oder assoziierte Organisationen, zum Beispiel Stadtwerke, Energieagenturen, Abfallzweckverbände oder Wasserbetriebe, in ihrer Akteursanalyse. Auch Universitäten, Schulen, privatwirtschaftliche Unternehmen und Organisationen bzw. Verbände aus Bereichen wie Umwelt, Abfall, Transport, Energie, Landwirtschaft, Gleichstellung oder Nichtregierungsorganisationen, zum Beispiel aus dem Bereich Entwicklungspolitik, wurden häufig integriert. Einige Kommunen erweiterten den Kreis der potenziellen Mitstreiter um regionale Regierungsebenen, Handelskammern, Partnerschaftsvereine/Freundeskreise, (lokale) Medien, Volkshochschulen, Kindergärten, Kirchen oder lokale Führungspersonen (*local leaders*). Vereinzelt wurden auch Akteure der nationalen Ebene genannt, beispielsweise die jeweils zuständigen Ministerien.

7.3 Bestandsaufnahme

Als dritte Gruppenarbeit folgte eine **Bestandsanalyse**, die zunächst jede Kommune mithilfe einer Tabelle für sich allein erarbeitete, um sich anschließend mit dem Partner auszutauschen. Folgende Fragen standen dabei im Vordergrund:

- Welche spezifischen Herausforderungen bestehen im Hinblick auf den Klimawandel in der Kommune?
- Welche Gebiete, Bereiche oder Personen sind in der Kommune besonders davon betroffen oder haben die Herausforderungen womöglich mit verursacht?
- Welche Strategien, Erkenntnisse, Pläne existieren bereits, die mit dieser Problematik zu tun haben?
- Gibt es schon bestehende konkrete Projekte, die auf die oben beschriebene Problematik abzielen?



Zweite Workshop-Phase

Mit der Beantwortung der Fragen wurde eine tiefer gehende Betrachtung der Situation vor Ort ermöglicht. Deutlich wurden hierüber auch die Interessen und Erwartungen der Kommunen an die Zusammenarbeit in ihrer Klimapartnerschaft.

Der Austausch zeigte, dass die Fragestellungen vielerorts recht ähnlich sind. Geteilt wurde beispielsweise die Beobachtung, dass sich Extremwetterereignisse wie Starkregen, Stürme, Trocken- und Hitzeperioden in den letzten Jahren häuften, was in den Kommunen Überschwemmungen, Dürren oder Schäden an der Infrastruktur bzw. entsprechende Katastrophenschutzmaßnahmen zur Folge hatte. Eine große Herausforderung sahen viele auch in der angestrebten Verringerung der Treibhausgasemissionen, was (kommunale) Themen wie Energieerzeugung und -einsparung, Mobilität und Verkehr berührt, aber auch die steigende Luftverschmutzung in den Städten. Der gesellschaftliche Umgang mit dem Klimawandel, Umweltbewusstsein und suffizientes Handeln wurden von den meisten Kommunen als weitere drängende Probleme genannt, von einigen zudem Wasserknappheit und -verschmutzung, Abfallmanagement, Entwaldung, Waldbrände, aber auch Gesundheit und Migration. Nicht selten führen etwa die fortschreitende Entwaldung und inadäquate landwirtschaftliche Praktiken (Übernutzung der Böden etc.) zu Erosion und Landdegradierung. In diesem Kontext wurden ebenfalls Aspekte von Biodiversität angesprochen wie Artensterben durch Monokulturen und Pestizide oder das Aufkommen neuer, resistenter Spezies.



Zweite Workshop-Phase

Abhängig vom jeweiligen Bedrohungsszenario sind verschiedene Personengruppen betroffen und/oder selbst Verursacher: Landwirtschaft,

Wirtschaftsakteure, Anwohnerschaft, Verwaltung und Politik oder auch das Ökosystem (Flora und Fauna etc.). Auffällig ist, dass letztendlich in allen Kommunen die Bevölkerung als Leidtragende genannt wurde, vor allem infolge von Extremwetterereignissen.



Teilnehmende erstellen die Bestandsanalyse

Die Art und Anzahl der bereits erarbeiteten Dokumente variiert von Kommune zu Kommune. Häufig bestehen allerdings schon Pläne und Studien (Master-, Entwicklungs-, Notfall-, Strategie-, Aktionspläne) sowohl allgemeiner Natur als auch für spezifische Bereiche wie Klimaschutz, Mobilität oder Infrastruktur. Diese Pläne haben große Bedeutung für die Umsetzung von Maßnahmen zur Abschwächung des Klimawandels und zur Anpassung an dessen Folgen. So ermöglichen Erlasse/Verordnungen und weitere Vorschriften die Regulierung von potenziell schädlichen Handlungen. Das Thema Umweltbildung und Sensibilisierung zum existierenden und fortschreitenden Klimawandel und dessen Folgen wird von vielen Kommunen in allen drei Weltregionen als wichtiges strategisches Querschnittsthema begriffen. Flankierende Maßnahmen sollten im Handlungsprogramm zu den verschiedenen thematischen Schwerpunkten entwickelt werden.

Die bereits laufenden Projekte und Maßnahmen zu Klimaschutz und -folgenanpassung unterscheiden sich in Anzahl und Qualität mitunter sehr. Es haben aber alle Kommunen bereits mit der Umsetzung von

Maßnahmen begonnen, etwa zu Infrastruktur (energetische Umrüstung, Ausbau von Fahrradwegen, Modernisierungen etc.) oder Bewusstseinsbildung (Kampagnen/Aktionen).

Die Rückmeldungen zeigten, dass die Arbeits-sitzung für die Teilnehmenden sehr wichtig war, weil auf diese Weise ein guter Überblick über der Situation der Partner entstanden ist und gemeinsame Herausforderungen und existierende Pläne und Dokumente identifiziert werden konnten. Eine Teilnehmerin kommentierte: „Es ist sehr interessant zu sehen, dass wir vor vielen ähnlichen Herausforderungen stehen und wir uns alle anpassen müssen. Dafür sind aber die Strukturen wiederum oft sehr unterschiedlich. Wir haben eine gute Grundlage, um weiterarbeiten zu können.“



Eindrücke aus den Gruppenarbeiten



8. ABSCHLUSS UND NÄCHSTE SCHRITTE

38

Am Ende des dritten Tages gab es für die Teilnehmenden einen Überblick über die nächsten Schritte zur Erstellung der Handlungsprogramme. Zum Abschluss blickten **Mandy Wagner, Nadine Thoß und Moritz Schmidt** auf die Veranstaltung zurück. Sie freuten sich über die gelungene Auftaktveranstaltung, die informelle Gespräche, ein lebhaftes Beisammensein und eine konzentrierte Arbeitsatmosphäre ermöglichte. Sie würdigten die starken Arbeitsergebnisse, die eine wichtige Grundlage für die weitere Zusammenarbeit bilden. Sie bestärkten die Kommunen darin, den Austausch zu nutzen, und bedankten sich für ihren Einsatz und den Mut, sich auf den Weg zu machen.

Als Nächstes gilt es nun, Arbeits- und Kommunikationsstrukturen aufzubauen, die persönliche Beziehung der Partner untereinander zu stärken, gemeinsame Handlungsfelder festzulegen sowie ein gemeinsames Handlungsprogramm zu erarbeiten. Im Anschluss an den Workshop nutzten die Delegationen aus den afrikanischen und lateinamerikanischen Kommunen die Chance, ihren jeweiligen deutschen Partnerkommunen einen Besuch abzustatten. Für viele war dies der erste Besuch ihrer Partnerstadt und somit eine gute Möglichkeit, sich einen besseren Eindruck von ihrer Partnerkommune zu verschaffen sowie mögliche Themenfelder der gemeinsamen Zusammenarbeit auszuloten.

Auftaktworkshop der siebten Phase der Klimapartnerschaften



ANHANG

Programm

39

Kommunale Klimapartnerschaften: Internationaler Auftaktworkshop der siebten Phase 14. bis 16. Mai 2019 in Münster

Dienstag, 14.05.2019	
09:30 Uhr	Beginn der Veranstaltung
10:00 Uhr	Eröffnung und Begrüßung: Mit Grußworten von: <ul style="list-style-type: none">• Wendela-Beate Vilhjalmsson, Bürgermeisterin der Stadt Münster• Dr. Doris Witteler-Stiepelmann, Referatsleiterin, BMZ• Mandy Wagner, Projektleiterin, SKEW/Engagement Global• Dr. Klaus Reuter, Geschäftsführer, Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW
10:30 Uhr	Präsentation der Ziele und des Programms des Workshops Moderation
10:45 Uhr	Vorstellung der teilnehmenden Kommunen
dazwischen	Gruppenfoto
13:00 Uhr	Mittagessen
14:00 Uhr	Globaler Klimawandel und seine Auswirkungen auf die Kommunalpolitik M.Sc. Dipl.-Ing. Thiago Garcia, Projektleiter, Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung
15:00 Uhr	Kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland Nadine Thoß, SKEW/Engagement Global
16:00 Uhr	Kaffeepause
16:30 Uhr	Vorstellung des Projekts „Kommunale Klimapartnerschaften“ Mandy Wagner, SKEW/Engagement Global; Dr. Klaus Reuter, LAG 21 NRW
17:15 Uhr	Erwartungen der Teilnehmenden Moderation
17:45 Uhr	Talk über Erfahrungen aus vorherigen Projektphasen <ul style="list-style-type: none">• Karl Lichtenberg, Vorsitzender des Partnerschaftsvereins Köln – Corinto/El Realejo (Nicaragua), zweite Projektphase• Dertje Gradtke, Stadt Oldenburg, Klimapartnerschaft Oldenburg – Buffalo City (Südafrika), dritte Projektphase• Johanna Reimers, Freie Hansestadt Bremen, Klimapartnerschaften Bremen – Durban (Südafrika) und Bremen – Windhuk (Namibia), erste und sechste Projektphase
18:30 Uhr	Ende des ersten Tages
19:00 Uhr	Abendempfang im Rathaussaal der Stadt Münster Grußwort von Bürgermeisterin Wendela-Beate Vilhjalmsson mit anschließender Überreichung der Vereinbarungen durch Jessica Baier, Abteilungsleiterin SKEW/Engagement Global

Mittwoch, 15.05.2019

09:30 Uhr	Rückblick auf den ersten Tag Moderation
09:45 Uhr	Vorstellung des Leitfadens zur Erstellung der gemeinsamen Handlungsprogramme Mandy Wagner, SKEW/Engagement Global; Moritz Schmidt, LAG 21 NRW
10:30 Uhr	Gruppenarbeit I: Projektablauf
dazwischen	Kaffeepause
13:00 Uhr	Mittagessen
14:15 Uhr	Eindrücke aus der Gruppenarbeit Moderation
15:00 Uhr	Fachexkursion zu den Rieselfeldern Münster Biologische Station Rieselfelder Münster, Coermühle 181, 48157 Münster
ab 18:00 Uhr	Abendessen mit Musik im Restaurant „Schlossgarten“

Donnerstag, 16.05.2019

09:15 Uhr	Rückblick auf den zweiten Tag Jessica Baier, SKEW/Engagement Global; Moderation
09:30 Uhr	Deutsche Klimapolitik und die Rolle der Kommunen Mandy Wagner, SKEW/Engagement Global; Moritz Schmidt, LAG 21 NRW Moritz Schmidt, LAG 21 NRW
10:30 Uhr	Kaffeepause
11:00 Uhr	Gruppenarbeit II: Arbeitsstrukturen und Kommunikationsmechanismen
13:00 Uhr	Mittagessen
14:00 Uhr	Gruppenarbeit III: Bestandsaufnahme
16:00 Uhr	Kaffeepause
16:30 Uhr	Eindrücke aus den Gruppenarbeiten Moderation
17:00 Uhr	Organisatorische Aspekte des Projekts Nadine Thoß, SKEW/Engagement Global
17:30 Uhr	Ausblick Mandy Wagner, SKEW/Engagement Global
18:00 Uhr	Abschließende Kommentare der Teilnehmenden Moderation
18:30 Uhr	Schlussworte SKEW/Engagement Global; LAG 21 NRW
19:30 Uhr	Abendessen im Restaurant „Hotel H4“

Teilnehmendenliste

Deutschland				
Kommune	Nachname	Vorname	Kommune/Organisation	Position
Bad Berleburg	Fuhrmann	Bernd	Bad Berleburg	Bürgermeister
Bad Berleburg	Heide	Henner	Bad Berleburg	Koordinator für kommunale Entwicklungspolitik
Bad Berleburg	Liedke	Christine	Bad Berleburg	Pfarrerin
Bad Berleburg	Wünnemann	Ines	Bad Berleburg	Koordinatorin für kommunale Entwicklungspolitik
Landkreis Reutlingen	Bernecker	Julia	Landkreis Reutlingen	Geschäftsteilleitung nachhaltige Regionalentwicklung
Landkreis Reutlingen	Mages	Salome	Landkreis Reutlingen	Koordinatorin für kommunale Entwicklungspolitik
Landkreis Reutlingen	Regelmann	Julius	Landkreis Reutlingen	Bereich Abfallwirtschaft
Landkreis Teltow- Fläming	Biesterfeld	Dietlind	Landkreis Teltow-Fläming	Beigeordnete
Landkreis Teltow- Fläming	Neumann	Werina	Landkreis Teltow-Fläming	Umweltamt/Klimaschutz
Landkreis Teltow- Fläming	Rupprecht	Jennifer	Landkreis Teltow-Fläming	Sachbearbeiterin Öffentlichkeitsarbeit
Landeshauptstadt Erfurt	Hoyer	Sylvia	Landeshauptstadt Erfurt	Leiterin Stabsstelle Nachhaltigkeitsmanagement
Landeshauptstadt Erfurt	Marusczyk	Julia	Landeshauptstadt Erfurt	Klimaschutzkoordinatorin
Landeshauptstadt Erfurt	Ohlmann	Georg	Landeshauptstadt Erfurt	Protokoll/Internationale Verbindungen
Gersthofen	Biesinger	Christiane	Gersthofen	Volkshochschule
Gersthofen	Kaminski	Stanislaus	Prokapsogo	Vorstandsmitglied, Rechnungsprüfer
Gersthofen	Tittel	Markus	Gersthofen	Fachkraft für Abwassertechnik
Gersthofen	Wörle	Michael	Gersthofen	Bürgermeister
Hansestadt Rostock	Böhme	Steffen	Public Waste Management Rostock GmbH	Unternehmenssprecher
Hansestadt Rostock	Matthäus	Holger	Hansestadt Rostock	Senator für Bau und Umwelt
Hansestadt Rostock	Seidel	Burgard	Freundeskreis Rostock – Panajachel	Leiter
Karlsdorf-Neuthard	Bonatelli	Ana Paula	Energie- und Umweltagentur Landkreis Karlsruhe	Projektmitarbeiterin
Karlsdorf-Neuthard	Milani	Roland	Karlsdorf-Neuthard	Leiter Finanzen
Karlsdorf-Neuthard	Weigt	Sven	Karlsdorf-Neuthard	Bürgermeister
Karlsdorf-Neuthard	Ziefuß	Benjamin	Karlsdorf-Neuthard	Leiter Technisches Bauamt
Münster	Badde-Struß	Karin	Overberg-Kolleg, Münster	Lehrerin
Münster	Denz	Wilfried	Umweltberatung Denz	Geschäftsführer
Münster	Dohr	Nina	Münster	Koordinatorin für kommunale Entwicklungspolitik
Münster	Kollmann	Thomas	Münster	Ratsmitglied Münster/Vorsitzender Partnerschaftsverein

Kommune	Nachname	Vorname	Kommune/Organisation	Position
Münster	Schukalla	Kajo	Münster	Beirat kommunale Entwicklung/ Vorstand Monastir Partnerschaftsverein
Münster	Wildt	Birgit	Münster	Fachstellenleiterin Klenko/ vorsorgender Umweltschutz
Neu-Isenburg	Kessler	Björn	Neu-Isenburg	
Neu-Isenburg	Weidner	Josef	Neu-Isenburg	Fachbereich Klimaschutz und Energiewende
Neu-Isenburg	Wölfling	Dirk	Neu-Isenburg	Mitglied des Magistrats
Osterode am Harz	Becker	Klaus	Osterode am Harz	Bürgermeister
Osterode am Harz	Christiansen	Thomas	Osterode am Harz	Erster Stadtrat
Osterode am Harz	Rusteberg	Tobias	Osterode am Harz	Sonderbeauftragter Partnerschaft Kaolack
	Reimers	Johanna	Hansestadt Bremen	Bevollmächtigte beim Bund und für Europa/Abteilung Europa und Entwicklungszusammenarbeit
	Elsaeßer	Miriam	Deutscher Städte- und Gemeindebund	Koordinatorin für kommunale Entwicklungspolitik
	Gradtke	Dirtje	Oldenburg	Koordinatorin internationale Beziehungen
	Petrecca	Federico	Konsulat der Republik Argentinien in Bonn	Konsul ad interim
	S.E. Guibeb	Andreas B.D.	Botschaft der Republik Namibia in Deutschland	Botschafter
	Dr. Witteler- Stiepelmann	Doris	BMZ	Referatsleiterin
	Garcia	Thiago	Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung	Projektleiter
	Lichtenberg	Karl	Verein zur Förderung der Städtepartnerschaft Köln - Corinto/El Realejo	Vorsitzender

Globaler Süden

Kommune	Nachname	Vorname	Kommune/Organisation	Position
Kwadaso Municipality/Ghana	Agyenim- Boateng	Richmond	Kwadaso Municipal Assembly	Municipal Chief Executive (Mayor)
Kwadaso Municipality/Ghana	Boateng	Nana Agyenim	Atwimahene Palace	Odikoro, Atwim-Boko
Kwadaso Municipality/Ghana	Lurimuah	Stephen	Kwadaso Municipal Assembly	Municipal Development Planning Officer
Kwadaso Municipality/Ghana	Osei-Wusu	Karikari	Ghanaian German School	Administrator/Operations
Baringo County/ Kenia	Kandie	Joshua	Parliament of Kenia	Member of Parliament
Baringo County/ Kenia	Kandie	Wilson	Wilskandy Enterprises	Director
Baringo County/ Kenia	Koima	Joel Kibiwott	Baringo County Government	County Executive Committee
Baringo County/ Kenia	Murage	Charles Mwangi	Rift Valley Water Services Board	Engineering Assistant
Baringo County/ Kenia	Yator	David	Baringo Central Constituency	Personal Assistant

Kommune	Nachname	Vorname	Kommune/Organisation	Position
Département de Kaolack/Senegal	Ndiaye	Baba	District of Kaolack	Président
Département de Kaolack/Senegal	Toure	Moussa	District of Kaolack	Payeur départemental
Guabiruba/Brasilien	Barroero	Deborah	Guabiruba Municipality	Arquiteta e Urbanista
Guabiruba/Brasilien	Ebele	Bruna Eli	Guabiruba Municipality	Secretária de meio ambiente
Guabiruba/Brasilien	Kohler	Matias	Guabiruba Municipality	Prefeito
Katima Mulilo Town/Namibia	Lilungwe	Patrick Lifasi	Katima Mulilo Town Council	HR & Corporate Services Manager
Katima Mulilo Town/Namibia	Liswaniso	Traphael S.	Katima Mulilo Town Council	Chief Executive Officer
Katima Mulilo Town/Namibia	Mwiya	Georgina	Katima Mulilo Town Council	Mayor
Monastir/Tunesien	Ayed	Sonia	City of Monastir	Chef de service d'aménagement urbain
Monastir/Tunesien	Ghedira	Ahmed	City of Monastir	Adjoint au maire en charge de l'environnement et du développement durable
Monastir/Tunesien	Trimeche	Ghazi	City of Monastir	Adjoint au Maire en charge des relations internationales
Morogoro District/Tansania	Kingwahi	Safia	Morogoro District Council	Project Manager
Morogoro District/Tansania	Marcel Kyowa	Mary	Morogoro District Council	Head of District Environmental Management
Morogoro District/Tansania	Nassoro Kingo	Kibena	Morogoro District Council	District Chairperson/Mayor
Panajachel/Guatemala	De León Ralón de Urizar	Edna Mercedes	City of Panajachel	Oficina Social de la Esposa del Alcalde (OSEA)
Panajachel/Guatemala	Pablo de León	Enrique Dionicio	City of Panajachel	Asesor del Despacho
Panajachel/Guatemala	Paredes de León	Nydia Marina	City of Panajachel	Dirección de Medio Ambiente
San Miguel de Tucumán/Argentinien	Amado	Claudia Cecilia	City of San Miguel de Tucumán	Coordinadora de Recuperación de Inmuebles Municipales
San Miguel de Tucumán/Argentinien	Apud	Maria Beronica	City of San Miguel de Tucumán	Gerente Operativo
San Miguel de Tucumán/Argentinien	Costilla	Rubén Aníbal	City of San Miguel de Tucumán	Jefe Departamento Planificación Ambiental
Ulundi/Südafrika	Mazibuko	Richard	Ulundi Municipality	Executive Director
Ulundi/Südafrika	Ntombela	Thandeka	Ulundi Municipality	Executive Director
Ulundi/Südafrika	Ntshangase	Wilson	Ulundi Municipality	Mayor

PUBLIKATIONEN DER SERVICESTELLE KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt stellt alle ihre Publikationen und Informationsmaterialien zum kostenfreien Bestellen (sofern noch nicht vergriffen) oder als Download auf ihrer Homepage bereit: <https://skew.engagement-global.de/publikationen.html>.

„Dialog Global“-Schriftenreihe:

- Nr. 54: Kommune bewegt Welt 2018 – Der Preis für herausragende kommunale Beispiele zu Migration und Entwicklung. Bonn, Mai 2019
- Nr. 53: Kommunale Klimapartnerschaften. Dokumentation der fünften Projektphase. Bonn, April 2019
- Nr. 52: Rechtliche Aspekte des entwicklungspolitischen Engagements kommunaler Unternehmen. Bonn, März 2019
- Nr. 51: Hauptstadt des Fairen Handels 2017. Bonn, April 2018
- Nr. 50: Agenda 2030 vor Ort. Kommunen in Niedersachsen zeigen, wie es geht. Bonn, April 2018
- Nr. 49: Rechtliche Aspekte der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit im Ausland. Bonn, Januar 2018
- Nr. 48: Rechtliche Rahmenbedingungen des Engagements von Geflüchteten. Ein Praxisleitfaden. Bonn, Oktober 2017
- Nr. 36: Partizipation von Geflüchteten in der Kommunalen Entwicklungspolitik. Bonn, März 2019
- Nr. 19: Deutsch-chinesische Kommunalbeziehungen. Studie von Anja Goette und Qianlan Gao. Bonn, März 2018
- Nr. 9: Partner für Eine Welt – Gestaltung und Nutzen kommunaler Partnerschaften. Bonn, Mai 2019

„Material“-Schriftenreihe:

- Nr. 104: Internationaler Auftaktworkshop der sechsten Phase im Projekt „Kommunale Klimapartnerschaften“, 9. bis 11. Oktober 2017 in Bremen. Bonn, August 2019
- Nr. 103: Dritte deutsch-ukrainische kommunale Partnerschaftskonferenz, 10. bis 11. Oktober 2018 in Freiburg im Breisgau. Bonn, Juli 2019
- Nr. 102: „Global denken – lokal handeln“. Chancen und Möglichkeiten der kommunalen

Entwicklungszusammenarbeit. Konferenz am 26. März 2019 in Dresden. Bonn, Juni 2019

- Nr. 101: Zweite Kommunale Partnerschaftskonferenz mit Lateinamerika und der Karibik, 29. bis 31. Oktober 2018 in Nürnberg. Bonn, April 2019
- Nr. 100: Internationaler Ergebnisworkshop der fünften Phase im Projekt „Kommunale Klimapartnerschaften“, 2. bis 4. Mai 2018 in Berlin-Lichtenberg. Bonn, April 2019
- Nr. 99: Dritter Runder Tisch „Kommunale Partnerschaften mit China“, 25. bis 26. April 2018 in Düsseldorf. Bonn, Juli 2018
- Nr. 98: Dritter Europäischer Fachtag „Migration and Development at the Local Level: Sharing Experiences and Creating Ideas“, 28. bis 29. November 2017, Köln. Bonn, September 2018
- Nr. 97: MiGlobe-Fachtagung. Interkulturelle Öffnung als Chance für kommunale Entwicklungspolitik in NRW, 7. November 2017, FORUM Volkshochschule. Bonn, Mai 2018

Sonstige Publikationen:

- Unsere Angebote. Eine Welt beginnt vor Ort. Bonn, Oktober 2018
- Über uns. Kurzprofil der Servicestelle. Bonn, Oktober 2019
- Kommunale Entwicklungspolitik öffnet Türen. Gute Beispiele aus engagierten Kommunen. Bonn, Mai 2019
- Agenda 2030 vor Ort. Kommunen zeigen, wie es geht. Ein Dossier in Zusammenarbeit mit der Redaktion welt-sichten (Beilage zur Ausgabe 10-2019 von welt-sichten)
- Starke kommunale Partner. Wie Städte, Gemeinden und Landkreise sich für globale Nachhaltigkeit engagieren. Ein Dossier in Zusammenarbeit mit der Redaktion welt-sichten (Beilage zur Ausgabe 7-2019 von welt-sichten)

Alle Informationen, Termine, Aktivitäten, Tipps und Hintergrundberichte aktuell in den monatlichen ***Eine-Welt-Nachrichten*** der Servicestelle. Kostenfrei! Bestellformular auf unserer Homepage unter www.service-eine-welt.de.

Förderer und Kooperationspartner – die Beteiligungsstruktur der SKEW

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global gGmbH wird finanziell gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie der Länder Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Durch unsere Gremien Programmbeirat und Programmkommission beteiligen wir unsere Förderer und Kooperationspartner an der Fortentwicklung unserer Angebote.

Programmbeirat



Programmkommission



ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen

Tulpenfeld 7 · 53113 Bonn
Postfach 12 05 25 · 53047 Bonn

Telefon +49 228 20 717-0
Telefax +49 228 20 717-150

info@engagement-global.de
www.engagement-global.de

Im Auftrag des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung